Angus Deaton: *Der Wirtschaftsnobelpreisträger schaut optimistisch in die Zukunft*

Ausgabe 1048
Juli/August 2017
CHF 22.– / Euro 19,–

schweizer monat

SEIT 1921

DIE AUTORENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Der aufrechte Globalist

Woher die antiliberale Welle kommt,
wie Populisten auf ihr reiten – und wann sie wieder abebbt.

Ein Treffen mit Historiker Timothy Garton Ash

22

«Der Liberale kleidet sich gemäss klassischen Regeln, folgt Konventionen und will offenbar nicht besonders aussehen – sondern nur durchschnittlich.»

Jeroen van Rooijen

photographiert von Lorenz Richard.

78

«Für den grössten Teil der Weltbevölkerung – nämlich die Menschen, die nicht in den Wohlfahrtsstaaten leben – hat sich das Wachstum auch nicht verlangsamt.»

Angus Deaton

photographiert von Stephane Lagoutte / Challenges-REA / laif.

14

«Für mich persönlich wäre Parteipolitik nichts: es geht darum, das Chancenland Schweiz progressiv verwirklichen zu können.»

Laura Zimmermann

photographiert von Michael Wiederstein.

45

Dossier

Fit für die neue Welt(un)ordnung?

Geopolitik, Globalisierung, Populismus: Wer regiert? Was passiert? Und wo bleibt unsere Freiheit?

48

«Statt eines geeinten Europas mit entsprechendem Einfluss haben wir heute ein dreigeteiltes Europa, das seine Stellung in der Welt schwinden sieht.»

Urs Schoettli

66

«Noch nie gab es einen US-Präsidenten oder einen US-Verteidigungsminister, der nicht glaubte, die Europäer sollten mehr zahlen.»

John Chipman

74

«Vielleicht liessen sich fundamentale Werte des Westens ergänzen mit bestimmten loyalen und ethischen Vorstellungen, wie sie in Asien entwickelt worden sind. »

Michael Schindhelm

DIE VERTEIDIGUNG STEHT

Die schlechte Nachricht zuerst: Die offenen Gesellschaften haben wieder Feinde! Letztere haben sich jüngst in einer globalen Konterrevolution zuerst Gehör und dann auch immer mehr Macht verschafft. Das muss jeden aufgeklärten Bürger unmittelbar herausfordern, meint **Timothy Garton Ash.**

Seine Forschung zu Diktaturen und ihrem Umgang mit Redefreiheit hat ihn berühmt gemacht, nun gibt er wichtige Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit: Kommt diese Konterrevolution von links oder von rechts? Was kann gegen sie in Stellung gebracht werden? Was bleibt, wenn das gute Argument gegenüber populistischen Vereinfachungen nichts mehr zählt? Und: Wann sind viele von uns eigentlich zu bequem geworden, um öffentlich zu widersprechen?

Sie erfahren es im ausgiebigen Streitgespräch, das **Michael Wiederstein** mit dem wohl bekanntesten britischen Historiker unserer Zeit geführt hat. **Ab S. 58**.

Liberaler Lagerkoller

Nach aussen machen die sich der Freiheit dezidiert verpflichtenden Parteien den Anschein trauter Harmonie. Doch es gibt Konflikte, die kaum noch zu überdecken sind: zwischen jungen Ordnungspolitikern und alten Klientelpolitikern in der FDP, zwischen Bauernvertretern und Libertären in der SVP, zwischen Paternalisten und Humanisten in der CVP, zwischen kühlen Rechnern und heissen Utopisten bei den Grünliberalen. Dabei ist jede Gruppe darum bemüht, den eigenen «liberalen» Ansatz als den «einzig wahren» zu vermarkten. Die Folge? Grabenkämpfe, ständige Distanzierungsbestrebungen, keine kohärente Zusammenarbeit.

Auch in unserer Redaktion gehen die Vorstellungen darüber, was «liberal» ist, manchmal auseinander. Die regelmässigen, daraus entstehenden Diskussionen sind jedoch fruchtbar. Wir meinen: die Antwort auf die Fragmentierung freiheitlicher Ansätze kann kein Katechismus sein! Ein Liberalismus als Glaubensrichtung, deren Abweichler exkommuniziert werden, wäre antiliberal.

Selbstanalyse und Selbstkritik sind ein erster Schritt hin zum Wandel und zum Erfolg einer Allianz in intellektueller Vielfalt, basierend auf einem klaren, ordnungspolitischen Ansatz. Im Schwerpunkt **ab Seite 12** liefern wir eine pointiert-kritische Diskussionsgrundlage zum Thema – Reaktionen und Repliken sind erwünscht!

Sand in die Wüste tragen?

Wer in den letzten Jahren Athen besucht hat, wird festgestellt haben, dass in der griechischen Hauptstadt Mangel an vielem herrscht, an Kunst und Kultur aber sicher nicht. Gleichwohl darf sich Athen in diesem Jahr über «kulturelle Entwicklungshilfe» freuen – pikanterweise kommt diese allerdings aus Deutschland: Erstmals in ihrer Geschichte findet die grösste Kunstausstellung der Welt, die **Documenta**, nicht nur im hessischen Kassel statt, sondern auch rund um die Akropolis. Eine Herausforderung der speziellen Art war das für unseren Kunstkorrespondenten **Johannes M. Hedinger**. Innerhalb weniger Tage (kurz vor Redaktionsschluss) musste er nicht nur die 3000 Kilometer voneinander entfernten Ausstellungsteile eingehend studieren, sondern auch die mit der Teilung einhergehenden politischen Reibungen beleuchten. Seine Entdeckungen (nicht nur) für reiselustige Kunstfreunde fasst er **ab S. 38** zusammen.

DOSSIER

Fit für die neue Welt(un)ordnung?

Geopolitik, Globalisierung, Populismus:
Wer regiert? Was passiert? Und wo bleibt unsere Freiheit?

1 **Die Machtverhältnisse im 21. Jahrhundert** *Urs Schoettli*

2 **Die handgefertigte Krise der neuen Globalisierung** *Richard Baldwin*

3 **Die antiliberale Konterrevolution** *Michael Wiederstein trifft Timothy Garton Ash*

4 **Warum Ihre Firma eine eigene Aussenpolitik braucht** *John Chipman*

5 **«Die Menschen sind nicht so frei, wie sie glauben»** *Olivia Kühni trifft Michael Schindhelm*

6 **Durch die Finsternis in eine hellere Zukunft** *Angus Deaton*

Für die Unterstützung bei der Lancierung des Dossiers danken wir der Max Schmidheiny Stiftung.

«Die liberale Weltordnung steht an einem Wendepunkt. Mit dem Aufstieg Chinas zur Weltmacht, der technologischen Revolution und neuen Formen asymmetrischer Bedrohungen müssen wir uns auf einen längeren Zeitraum aussergewöhnlicher Unsicherheit einstellen – und als Schweiz (wieder) lernen, unsere eigenen Stärken im internationalen Wettbewerb zur Geltung zu bringen.»

Andreas R. Kirchschläger
Delegierter des Stiftungsrates, Max Schmidheiny Stiftung

Fit für die neue Welt(un)ordnung?

In diesen Tagen sind Übersicht, Klarheit und Ruhe rar. Politische, ökonomische und soziale Umwälzungen spülen im gefühlten Monatstakt alte Gewissheiten davon, an allen Ecken und Enden bemühen sich Politiker, Wissenschafter, Künstler und Unternehmer, den permanenten Wandel verständlicher, seine Auswirkungen beherrschbarer, nachvollziehbarer oder sogar fruchtbarer zu machen – oft ohne anhaltenden Erfolg: viele Menschen sehnen sich zurück in eine Welt, die vermeintlich stabil, überschaubar, transparent und sicher war. Wer ihnen die Rückkehr dieser imaginierten Welt verspricht, die Bürger also bei ihren Ängsten packt, gewinnt demokratisch an Einfluss, selbst wenn die angebotenen Konzepte alles andere als erfolgversprechend sind. Was ist ihnen entgegenzusetzen? Welche Zukunftsszenarien sind wahrscheinlich? Und wie bereitet man sich auf künftige Entwicklungen vor, die heute noch kaum absehbar erscheinen?

Das diesjährige Forum der Max Schmidheiny Stiftung in Bad Ragaz, das sich dem konstruktiven, themenbezogenen Austausch unter Unternehmern, Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft verschrieben hat, widmete sich diesen Fragen. Nun ziehen wir die dortige Debatte weiter und lassen die wichtigen geopolitischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umwälzungen unserer Tage von einigen der profiliertesten Denker ihres Faches beleuchten und analysieren. Darunter der Wirtschaftsnobelpreisträger Angus Deaton, der Historiker Timothy Garton Ash, der Chef des International Institute for Strategic Studies (IISS), John Chipman, der Asienexperte Urs Schoettli sowie der Künstler und Kulturforscher Michael Schindhelm.

Jeder von ihnen gibt wichtige Hinweise auf den strategisch sinnvollen Umgang mit den grossen Fragen der Gegenwart und der Zukunft – jenseits herrschender Denkverbote und in der gebotenen Tiefe. Übersichtlich, klar und ruhig.

Wir wünschen erhellende Lektüre!

Die Redaktion

1 Macht-verhältnisse im 21. Jahrhundert

Mit dem Wiederaufstieg Chinas entsteht ein US-amerikanisch-asiatisches Duopol der Weltmächte. Das alte Europa ist marginalisiert. Was sind die Folgen?

von Urs Schoettli

Urs Schoettli
war bis 2009 für die NZZ als Korrespondent in Delhi, Hongkong, Peking und Tokio tätig. Heute ist er Kolumnist und selbständiger Asienberater mit Sitz in Tokio und Mumbai.

Eine «einfachere» Zeit, in der man weiss, wo Freund und Feind stehen – das ist gegenwärtig die Sehnsucht mancher Europäerinnen und Europäer. Dabei sind solche Zeiten noch gar nicht so lange her: Der Kalte Krieg zog während Jahrzehnten einen tödlichen, eisernen Vorhang zwischen die Länder Europas, und jedermann wusste, dass namentlich das zweigeteilte Deutschland zum Schlachtfeld würde, sollte es zum nuklearen Schlagabtausch zwischen den USA und der UdSSR kommen. Das Böse immerhin war aber einfach zu verorten: die Sowjetunion war das «Evil Empire» der westlich-freiheitlichen Welt, so jedenfalls bezeichnete es Ronald Reagan.

Heute befindet sich die Welt in einem ungleich volatileren Zustand. Zwar gibt es, von Syrien abgesehen, derzeit keinen grösseren Krieg. Doch die Zahl der Kleinkonflikte und vor allem das akute Krisenpotenzial in einer Reihe von Weltgegenden bestärken in der Öffentlichkeit das Gefühl, dass wir in einer besonders gefährlichen Zeit leben. Akzentuiert wird die Ungewissheit und Unsicherheit auf der einen Seite durch terroristische Gefährdungen. Andererseits erfassen Krisenfronten heute Länder, die man bis vor kurzem noch als Anker der Stabilität betrachtet hat – namentlich die Mitglieder der EU und die USA. Entscheidend zur Unsicherheit trägt schliesslich bei, dass wir derzeit Zeugen eines Jahrhundertereignisses sind: der Wiederauferstehung von China als Weltmacht.

Seit Urzeiten herrscht zwischen sesshaften Kulturen und Prädatoren ein unerbittlicher Überlebenskampf. Während sesshafte Zivilisationen Vorräte anlegen, Investitionen tätigen und an einem Erbe arbeiten, das den nachfolgenden Generationen vermacht werden kann, nehmen sich Prädatoren, was sie zum Leben brauchen, durch Gewalt und Raub. Beispiele dafür gibt es zuhauf: der Nieder- und spätere Untergang des Römischen Reichs während der grossen Völkerwanderung; die Vernichtung der Inka- und Aztekenreiche durch die spanischen Konquistadoren; die Feldzüge der Hunnen und Mongolen nach Europa; die Mongoleneinfälle in China; die Vorstösse der Afghanen nach Indien.

Nachdem auf diese Weise die ganze Welt «entdeckt» war, nachdem die industrielle Revolution den Vormarsch der westlichen Zivilisation in die entferntesten Ecken auf dem Globus ermöglicht hatte und nachdem der moderne Nationalstaat mit seiner Grenzziehung die letzten weissen Flecken auf den Landkarten beseitigt hatte, wurde das gemeinhin als Sieg der sesshaften Zivilisationen betrachtet. Der Globalisierungsenthusiasmus der ver-

Bild:xxxxxxx

gangenen zwei Jahrzehnte war schliesslich der Höhepunkt eines von westlichen Werten getriebenen Machbarkeitswahns.

Der Aufstieg des IS

Warnzeichen, dass möglicherweise nicht alles geregelt war, waren etwa im Zerfall Afghanistans nach der Beseitigung der russischen Besetzung zu erkennen. Wie schon die Briten auf dem Höhepunkt ihres Empire, so mussten erst die Russen und seit dem Irakkrieg auch die Amerikaner erkennen, dass der «Imperial Overstretch» die eigene Machtstellung mit langfristigen negativen Konsequenzen erschüttern kann. Für die Briten waren die Afghanistanfeldzüge und das Vorrücken gegen den Mahdi im Sudan keine Notwendigkeiten zur Erhaltung des Empire – im Gegenteil. Für die UdSSR war die Besetzung Afghanistans keine existenzielle Notwendigkeit – im Gegenteil. Und für die USA war der Irak keine Priorität zur Absicherung des Supermachtstatus – im Gegenteil.

Viele im Westen, in unseren Breitengraden verfolgten lange Zeit das Geschehen im Mittleren Osten, in Afghanistan und Pakistan nach dem Motto von Goethes Faust:

«Nichts Bessres weiss ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen.»

Das Aufkommen der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) hat dieser kleinbürgerlichen Selbstzufriedenheit einen mächtigen Schlag versetzt. Anschläge, die demokratische Rechtsstaaten verwunden und erschüttern sollen, sind nichts Neues. Neu dagegen seit dem Aufkommen von Al-Qaida ist die Verschränkung von Religion und Terror, also die Instrumentalisierung einer Religion, Islam, als Ideologie für einen Krieg gegen die Werte und Institutionen des Westens. Der Nihilismus des IS ist noch radikaler als der von Al-Qaida; er kulminiert in höhnischen Sprüchen wie: «Ihr im Westen liebt das Leben, wir lieben den Tod!»

Die besondere Natur des islamistischen Terrors fordert die liberalen Rechtsstaaten auf eine neue Weise heraus, die nichts mehr mit den Supermachtrivalitäten des Kalten Kriegs zu tun hat. Entsprechend muss die Abwehr gegen die inneren und äusseren Feinde der Demokratie kalibriert werden. Natürlich haben Sicherheitsmassnahmen zunächst und zuvörderst mit der Bereitstellung der nötigen Hardware und der nötigen Manpower zu tun. Ebenso wichtig ist aber auch, dass wir im Westen die Bedrohung auf der intellektuellen Ebene ernst nehmen. Sei es in der islamischen Welt, sei es in unseren Breitengraden: wir müssen dem Feind deutlich machen, dass wir zu unseren Werten und Institutionen stehen und dass wir nie und nimmer, unter welchen Vorwänden auch immer, diese Werte und Institutionen kompromittieren werden. Wenn es um die Fundamente der westlichen Zivilisation geht, gibt es keinen Raum für Kompromiss.

Diese im eigentlichen Sinne selbstverständliche Position beinhaltet nicht nur verbale Versicherungen, sondern auch eine Reaktivierung und Promotion aufklärerischer Ideale. Zuallererst gilt es, an den eigenen Schulen und Universitäten wieder vermehrt das Bewusstsein für den einzigartigen Wert der liberalen Demokratie, der Menschen- und Bürgerrechte, der Rechtsstaatlichkeit,

«Das wichtigste weltpolitische Ereignis der letzten dreissig Jahre ist der rasante Wiederaufstieg der Volksrepublik China zur Weltmacht, der bis anhin bemerkenswerterweise ohne grösseren Konflikt verlaufen ist.»

Urs Schoettli

des Pluralismus, des Minderheitenschutzes etc. zu schärfen. Die Geschichte ist, wie wir inzwischen zur Genüge wissen, mit dem Sieg der freien Demokratien über den nationalsozialistischen und kommunistischen Totalitarismus eben doch nicht zu ihrem Ende gekommen. Vielleicht stärker als je zuvor sind alle diese Errungenschaften, die seit der Aufklärung haben hartnäckig erkämpft und verteidigt werden müssen, in Gefahr.

In diesem Kontext ist es wichtig, eine vernünftige Politik im Umgang mit Zuwanderern zu entwickeln. Wer in die neue Gemeinschaft aufgenommen werden soll, muss sich zu deren Grundwerten bekennen. Eine offene Gesellschaft hat viele Feinde und sie muss diese abwehren können. In diesem Kontext sind die liberalen, aufklärerischen Kräfte auch gefordert, wirksam den billigen Populismus zu bekämpfen, dem im rechten wie im linken Spektrum der Politik allzu viele Menschen auf den Leim kriechen.

Der Wiederaufstieg von China

Das wichtigste weltpolitische Ereignis der letzten dreissig Jahre ist der rasante Wiederaufstieg der Volksrepublik China zur Weltmacht, der bis anhin bemerkenswerterweise ohne grösseren Konflikt verlaufen ist. Dies braucht nicht auf alle Zeiten hinaus so zu bleiben, und in der Tat haben wir in jüngsten Zeiten ja auch mehrere Indizien sammeln können, die Peking auf einem selbstbewussteren, nationalistischeren, aggressiveren Pfad zeigen. Die Auseinandersetzung um die Inseln und Seewege im Südchinesischen Meer zwischen der Volksrepublik China und mehreren südostasiatischen Staaten datieren teilweise sogar mehrere Jahrzehnte zurück, sind aber erst in jüngster Zeit in den Fokus der Weltmedien gerückt. Schuld daran ist im wesentlichen die demonstrative Unnachgiebigkeit Pekings und natürlich die beschleunigte Schaffung von Tatsachen durch Landaufschüttungen, durch den Bau von Flugpisten und Militärstützpunkten sowie durch Aufklärungspatrouillen zu Wasser und in der Luft.

Oberflächliche Kommentatoren sehen im Kontext von Chinas Wiederaufstieg und der damit verbundenen Supermachtrivalität zwischen der Volksrepublik und den Vereinigten Staaten bereits eine Neuauflage des Kalten Kriegs. Zunächst steht aber fest, dass sich die Geschichte nie wiederholt, da die Umstände sich kontinuierlich verändern. Zu bedenken ist ferner, dass der Kalte Krieg, der zwar in der Regel als Ost-West-Konflikt bezeichnet wurde, in sehr erheblichem Masse eine innereuropäische, innerwestliche Angelegenheit war. Sowohl Adam Smith als auch Karl Marx waren Europäer, und sowohl die UdSSR als auch die USA waren in ganz wesentlicher Hinsicht europäisch geprägte Zivilisationen.

Nun, im asiatischen Jahrhundert, das mit der Jahrtausendwende begann, ist der europäisch geprägte Westen im Wettbewerb mit einer ganz anderen, von asiatischen Werten und asiatischen Religionen geprägten Welt. Das Reich der Mitte ist ausserdem kein Neuankömmling im Konzert der Weltmächte, sondern war in zurückliegenden Zeiten schon einmal das Zentrum der Welt. Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass China im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gravierende Verletzungen und Erniedrigungen durch auswärtige Mächte hat hinnehmen müssen und dass die dabei erlittenen Wunden tiefe Spuren hinterlassen haben.

Auch wenn wir es also auf eine absehbare Zukunft hinaus mit einem amerikanisch-chinesischen Duopol zu tun haben werden, lässt sich dieser Sachverhalt nicht leichtfertig mit dem amerikanisch-sowjetischen Duopol während des Kalten Kriegs vergleichen. China hat eine sehr eigenständige, durch eine lange Geschichte und bemerkenswerte kulturell-zivilisatorische Kontinuität geprägte Auslegung seiner Rolle als Weltmacht. Im wesentlichen haben wir es nun mit einer Rückkehr des Hegemons zu tun.

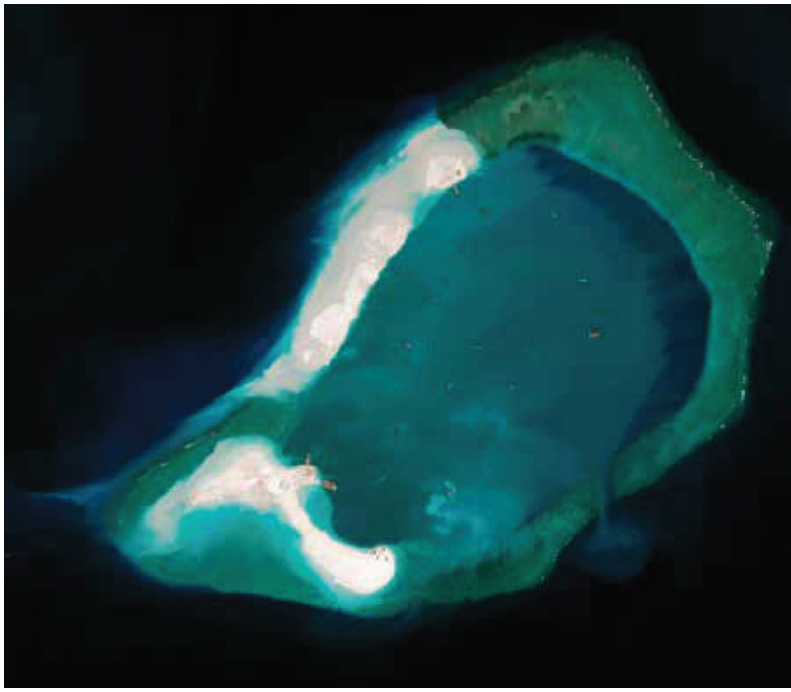
Alter und neuer Hegemon China

Im Selbstverständnis des Hegemons stellt dieser das Zentrum der zivilisierten Welt dar. Je weiter entfernt vom Hegemon ein Land liegt, ein Volk lebt, desto barbarischer ist es. Dem Hegemon geht es deshalb primär darum, dass die nahen und fernen Nachbarn ihre Ehrbezeugung an den Hegemon richten, ihren Kotau vor dem Hegemon vollziehen. In einzelnen Fällen kann dies mit einer Tributzahlung verbunden sein, was allerdings nicht zwangsläufig ist. Eine rein demonstrative Anerkennung, dass der grösste Herrscher der Welt in Peking residiert, kann ausreichend sein.

Das Selbstverständnis des Hegemons China unterscheidet sich allerdings vom Selbstverständnis einer imperialen Macht. Während Holland, Grossbritannien und Frankreich sich in Südostasien ganze Länder unter den Nagel rissen, existierten die dortigen chinesischen Überseegemeinschaften unter der lokalen Herrschaft. Zur Zeit der holländischen Kolonialherrschaft im heutigen Indonesien gab es dort viel mehr Chinesen als Holländer, doch dachten jene nie daran, Indonesien in eine Kolonie zu verwandeln. Sie hätten dafür auch gar nie die Unterstützung vom Mutterland erhalten. Dies alles heisst indessen nicht, dass die Chinesen nie andere Völker unterworfen haben, wie einige naive China-Verehrer uns weismachen wollen. Denken wir an die Tibeter, an die Uiguren oder die Mongolen.

Im Verhalten des Hegemons fallen ferner die Ablehnung des Multilateralismus und die Hinwendung zum Merkantilismus auf. Im Falle des Südchinesischen Meers weist es China zurück, mit dem Regionalverband Asean in Verhandlungen zu treten. Vielmehr soll jedem einzelnen der südostasiatischen Länder klargemacht werden, dass China den Ton angibt. Dieser Merkantilismus dient dem Streben nach der optimalen Maximierung der eigenen Assets, sei es in der Form von Rekorddevisenreserven, sei es in der Form von exklusivem Zugang zu Rohmaterialquellen oder sei es in der Abschirmung von Heimmärkten gegenüber internationaler Konkurrenz.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass Peking die im Nachgang zum Zweiten Weltkrieg entstandene Welt- und Werteordnung nicht akzeptieren kann. So verschwand Anfang 2016 das bisherige Monopol der Bretton-Woods-Institutionen, in-



Die Republik China, Vietnam, die Volksrepublik China, Brunei, Malaysia und die Philippinen – sie alle erheben (Teil-)Ansprüche auf die Spratly Islands im Südchinesischen Meer.
Erstere schafft seit 2013 kontinuierlich Tatsachen durch aufschütten von Riffen zu Inseln.
Hier in Satellitenbildern: das Subi Reef 2012–2017.
Center for Strategic and International Studies / DigitalGlobe

dem – auf massgebliches Betreiben der Chinesen hin – die Asia Infrastructure Investment Bank (AIIB) ins Leben gerufen wurde. Niemand wird bestreiten können, dass Chinas beachtenswerte Modernisierung primär der Exportindustrie zuzuschreiben ist, die vom existierenden Freihandelsregime profitieren konnte. Nun ist, nicht zuletzt aus der Sicht der derzeitigen amerikanischen Administration, der Zeitpunkt für «pay back» gekommen.

Erschwert wird die ganze Situation noch dadurch, dass China in mancher Hinsicht ein Koloss auf tönernen Füssen ist, also viele Verletzlichkeiten aufweist. Nehmen wir als Beispiel den Yuan Renminbi: Peking ist offensichtlich bemüht, seine Währung zu den globalen Leitwährungen aufsteigen zu sehen. In einem ersten, wichtigen Schritt hat der Internationale Währungsfonds (IMF) den Renminbi als internationale Reservewährung anerkannt. Allerdings ist es kein Geheimnis, dass die eigene Bevölkerung dem Renminbi nicht traut und, so es nur möglich ist, in internationale Hartwährungen wechselt. Ferner weist die Volksrepublik bei der Modernisierung ihrer politischen Institutionen gravierende Defizite auf. Sie sind systembedingt und entziehen sich deshalb einer grundlegenden Reform. Schliesslich bietet auch die Milliardenbevölkerung mit all ihren sozialen und ökologischen Implikationen zahlreiche Angriffsflächen, die China sehr verletzlich machen. Um bei den sogenannten «Soft Factors» auch nur annähernd an die USA heranzukommen, benötigt China noch viel Zeit, enorme Ressourcen sowie eine drastische Überholung seiner verkrusteten Politikstrukturen.

Die Redimensionierung der Supermacht USA

Noch sind, wenn man allein auf militärische Hardware und auf den Umfang von Verteidigungsbudgets blickt, also die USA die unbestrittene und einzige Supermacht der Welt. China wird, ungeachtet eines massiven Ausbaus des Verteidigungshaushalts, auf lange Zeit hin nicht mit den USA gleichziehen können. Kritiker der Trump-Administration werden die Verantwortung für die Redimensionierung beziehungsweise den Niedergang des Einflusses und der Handlungsfähigkeit der Supermacht USA Präsident Trump zuschieben. In Tat und Wahrheit jedoch hat die Redimensionierung schon vor einiger Zeit begonnen. Kulmination der Weltgeltung der USA war ohne Zweifel das Ende des Kalten Kriegs, das mit einem eindeutigen Sieg der USA über die Sowjetunion zusammenfiel.

Mit grosser Ernüchterung mussten die europäischen Nato-Verbündeten der USA vernehmen, dass sie künftig erheblich mehr für den Verteidigungsschirm der Amerikaner bezahlen sollen. Auch Japan hat sich darauf einstellen müssen, dass es inskünftig von Washington stärker zur Kasse gebeten wird. Angesichts der Tatsache, dass die USA im eigenen Lande von der Infrastruktur bis zum Gesundheitswesen riesige Defizite zu decken haben und dass grosse Teile der absteigenden Mittelschichten in den USA zu den Verlierern der Globalisierung gehören, war und ist es nur logisch, dass die Trump-Administration ihr Wahlkampfmotto «America first» in erster Linie als eine Redimensionierung der US-Position in der Welt betrachtet. Gleichwohl wird eine Redimensionierung der Supermacht USA nicht gleichbedeutend sein mit einer vollständigen Verabschiedung von bestehenden Auslandengagements – sei es im Mittleren Osten, in Afghanistan oder im Fernen Osten.

Der Beginn des amerikanisch-chinesischen Duopols

Kurzum: es gibt nach wie vor kaum Zweifel, dass die Amerikaner die ambitionierten Chinesen im Süd- und Ostchinesischen Meer in die Schranken weisen können. Die zentrale Frage lautet allerdings, ob sie dies auch zu tun beabsichtigen. Im Rahmen der erwähnten Redimensionierung der amerikanischen Weltmacht ist es wahrscheinlich, dass Washington die Dominanz Chinas vor allem im Südchinesischen Meer als vollendete Tatsache hinnimmt. Alle bisherigen Schritte der USA lassen darauf schliessen; schliesslich ist der Aus- und Aufbau von chinesischen Stützpunkten auf mehreren umstrittenen Inseln und Atollen bereits seit einiger Zeit im Gange, ohne dass Washington schärfer reagiert hätte, als die Chinesen zur Beachtung der internationalen Verkehrswege zu ermahnen und mit Flottenpräsenz und Überflugmanövern die Ansprüche auf Bewegungsfreiheit zu unterstreichen.

Die Folge davon muss aber kein neuer Kalter Krieg sein. Allein schon die Tatsache, dass es in Asien keine Militärbündnisse wie die Nato und der (verblichene) Warschauer Pakt gibt, verunmöglicht eine Neuauflage. China hat den USA bereits deutlich gemacht – und Washington hat es auch akzeptiert –, dass es als asiatischer Hegemon mit Nachbarn, ob freundlich oder weniger freundlich gesinnt, bilateral und nicht multilateral umgeht. Das Zeitalter des amerikanisch-chinesischen Duopols hat somit eindeutig begonnen. Im Umfeld dieses Duopols können Mächte wie Russland und Indien eine Rolle spielen, doch steht fest, dass jede Idee einer multipolaren Welt nichts als eitel Spekulation ist. Die Welt, insbesondere auch Europa, muss sich damit abfinden, dass das Schicksal der internationalen Ordnung und der Weltwirtschaft im Guten wie im Schlechten vom chinesisch-amerikanischen Duopol bestimmt wird. Dies birgt neue Opportunitäten, aber auch neue Risiken.

Der demografische und geopolitische Abstieg Europas

Unmittelbar nach den euphorischen Momenten des Falls der Berliner Mauer und der Beseitigung des Eisernen Vorhangs hatte es die Option eines wiedervereinten europäischen Kontinents mit entsprechendem Status in der Welt gegeben. Europa hat diese Chancen nicht wahrgenommen, und mit einer Wiederholung der damals bestehenden günstigen Umstände ist nicht zu rechnen. Statt eines geeinten Europas mit entsprechendem Einfluss in der Welt haben wir heute ein dreigeteiltes Europa, das seine Stellung in der Welt mit anwachsender Geschwindigkeit schwinden sieht. Die Teilung, die teils formal, teils informell ist, untergliedert Eu-

«Die EU steht vor zwei vordringlichen strategischen Entscheiden: Wie kann der Brexit bestmöglich in die Hauptaufgabe der europäischen Einigung eingebunden werden? Und wie lässt sich eine solide Strategie im Umgang mit der Russischen Föderation entwickeln – mit realistischen, langfristig ausgerichteten Zielen?»

Urs Schoettli

ropa in den russischen Einflussbereich, in ein faktisches EU-Kerneuropa und ein Peripherie-Europa, das sowohl Staaten umfasst, die nicht der EU angehören, als auch Staaten, die die EU (noch) nicht verlassen haben.

Europas Schicksal ist durch eine Reihe von historischen Entscheiden bestimmt worden. Erstens wurde die Chance des Projekts Grosseuropa vertan. Zweitens wurde mit dem Euro-Regime ein Spaltpilz in die Nord-Süd-Achse Europas eingebracht. Drittens schafft der Brexit neue Optionen der innereuropäischen Positionierung, die auch über das Vereinigte Königreich hinaus tektonische Verschiebungen auslösen können. Letzteres kann, wenn es denn zu einem Kerneuropa führen sollte, Europa ein neues Fundament verschaffen, von welchem wieder mehr europäische «Soft Power» in der Welt ausgehen könnte. An der schlichten Tatsache, dass Europas Stellung in der Welt in den kommenden Jahrzehnten schrumpfen wird, wird das alles aber nichts verändern.

Auch zu den besten Zeiten der EU war diese nie in sich selbst ein Machtfaktor in der Welt. Sie hat zwar diplomatische Vertretungen rund um den Globus und vor den Botschaften der Mitgliedsstaaten flattert getreulich auch die blaue Fahne mit den goldenen Sternen. Doch wenn es um handfeste wirtschaftliche und diplomatische Interessen geht, handelt jeder Mitgliedsstaat auf sich selbst gestellt. Deshalb wird die EU auch bei einer deutlichen Redimensionierung der Weltmacht USA nicht in das neugeschaffene Vakuum vordringen können. Im Mittleren Osten nicht und erst recht nicht im Fernen Osten und im Südchinesischen Meer. Die EU steht vor zwei vordringlichen strategischen Entscheiden: Wie kann der Brexit bestmöglich in die Hauptaufgabe der europäischen Einigung eingebunden werden? Und wie lässt sich eine solide Strategie im Umgang mit der Russischen Föderation entwickeln – mit realistischen, langfristig ausgerichteten Zielen?

Europa leidet heute darunter, dass es nach dem Zusammenbruch der UdSSR die Sensitivitäten der Russen nicht respektiert hat. Denn seit Napoleons Zeiten ist Russland die Macht, die Europas Schicksal massgeblich mitgeprägt hat, und daran wird sich auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nichts ändern. Erinnern wir uns doch wieder einmal daran, dass die Sowjetunion und der Sowjetblock (von Ex-Jugoslawien abgesehen) ohne militärische Katastrophe in sich zusammengebrochen sind. In der Vergangenheit sind grosse Reiche nicht einfach stillschweigend von der Weltbühne abgetreten.

Bemerkenswert ist, wie sich die russische Bevölkerung schlicht damit abgefunden hat, dass ihr Land vom Status einer Supermacht zu jenem einer Regionalmacht, eindeutig im zweiten Glied hinter den USA und der Volksrepublik China, herabgestuft worden ist. Solche Verwundungen können tiefe Spuren hinterlassen und allerlei extremistische Ideologen und Populisten beflügeln. Wir mögen gegenüber Wladimir Putin grosse Vorbehalte haben und seine imperialistischen Vorstösse kritisieren. Doch macht es Sinn zu bedenken, welche Alternativen es zu Putin auch hätte geben können. Über kurz oder lang müssen sich die Europäer, insbesondere die EU, klarwerden, welche langfristigen Perspektiven sie in der Welt und vor allem in Asien zusammen mit der euroasiatischen Landmacht Russland realisieren wollen.

Akute nukleare Bedrohungen

Während des Kalten Kriegs war die Bedrohung durch einen Nuklearkrieg auch in der Schweiz stark im öffentlichen Bewusstsein verankert. Die ausgedehnten öffentlichen und privaten Zivilschutzanlagen, die dazu dienen sollten, im Falle eines Atomkriegs eine Überlebenschance zu haben, mahnen bis heute daran. Zum Glück musste man sie nie auf ihren tatsächlichen Wert hin testen. Dass nach den beiden auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben keine Kernwaffen mehr zum kriegsmässigen Einsatz gekommen sind, hat die Menschen aber in der Meinung bestärkt, dass Atomkriege schlicht nicht stattfinden werden – eine Ansicht, die durch das Ende des Kalten Kriegs nur noch bekräftigt worden ist. Dass man sich im Frieden sicher wähnt, ist eine Errungenschaft. Zur Hysterie, die während der grossen Krisen im Kalten Krieg (Ungarn, Kubakrise, Berlinkrise, Tschechoslowakei) Europa und damit auch die Schweiz heimsuchte, will niemand zurückkehren. Die Frage aber bleibt, wie weit man sich tatsächlich in Sicherheit wiegen darf.

Die Atombomben sind nicht aus den Arsenalen verschwunden, mithin ist auch die Gefahr eines Atomkriegs nicht gebannt. Allerdings: sie hat eine neue Dimension angenommen, mit zwei akuten nuklearen Konfliktherden in Asien, auf dem Indischen Subkontinent und auf der Koreanischen Halbinsel. Bei Nordkorea haben wir es mit einem völlig unberechenbaren Regime zu tun, über das selbst das mächtige China keinen verlässlichen Einfluss auszuüben vermag. Pjöngjang hat sein Kernwaffen- und Raketenprogramm während der vergangenen drei Jahrzehnte gegen alle Widerstände entwickelt. Heute steht das Armenhaus Nordkorea gar kurz davor, mit nuklear bestückten ballistischen Raketen das amerikanische Festland erreichen zu können.

In Südasien dominiert seit der Teilung des Indischen Subkontinents nach dem Abzug der Briten der pakistanisch-indische Bruderkonflikt. Dieser hat in den vergangenen vier Jahrzehnten ebenfalls eine nukleare Dimension erhalten, wobei die Kürze der Warnzeiten und eine ungenügende strategische und technologische Untermauerung der gegenseitigen nuklearen Abschreckung die Risiken eskalieren lassen. Noch viel alarmierender ist aber, dass bei einer Machtübernahme von islamistischen Fundamentalisten in Islamabad das pakistanische Atomarsenal in die Hände von Fanatikern geriete, die die «islamische Bombe» gegen alle Häretiker und Glaubensfeinde einsetzen könnte.

Weit über den Indischen Subkontinent hinaus wird Pakistan folglich auf absehbare Zukunft hinaus ein nukleares Bedrohungspotenzial von gefährlichen Dimensionen besitzen. Es ist, sagen wir es offen, so gross, dass auch das scheinbar ferne Europa davon betroffen ist. ❮

2 Die handgefertigte Krise der neuen Globalisierung

Die Angst geht um, und sie ist real: kein Beruf ist mehr sicher, ganze Industrien verschwinden. Der wirtschafts- und sozialpolitische Protektionismus des letzten Jahrhunderts lebt wieder auf – und macht alles nur noch schlimmer.

von Richard Baldwin

Einhundert Jahre lang gab es in South Carolina Textilmühlen wie Sand am Meer. Jobs waren für hoch und gering qualifizierte Arbeiter im Überfluss vorhanden. Tempi passati! Die gering qualifizierten Arbeitnehmer South Carolinas kämpfen heute gegen Roboter – zu Hause und in China. Die Schlacht verläuft nicht gut für sie. Computergestützte Fertigungsverfahren verwandelten die Textilmühlen South Carolinas in autonome, computergesteuerte Maschinen. Ein Witz aus South Carolina, von Adam Davidson 2012 im «Atlantic»-Magazin erzählt («Making it in America»), lässt tief blicken: moderne Textilmühlen stellen nur noch einen Arbeiter und einen Hund an. Den Arbeiter, um den Hund zu füttern – und den Hund, um die Leute von den Maschinen fernzuhalten.

Die Folge: die Fertigung driftet auseinander. In den USA verbleibende Produktionsschritte erfordern eine Handvoll hoch qualifizierter Arbeiter und jede Menge Technologie. Jobprofile für niedrig qualifizierte Arbeitnehmer werden gebündelt und in Niedriglohnländer ausgelagert oder automatisiert. In Europa mag es noch nicht so weit sein, doch ist der Trend klar. Europas Nachkriegsfabrikationswunder ist das Fabrikationsmalaise des 21. Jahrhunderts.

Zweierlei Globalisierung

Das Malaise provoziert Nostalgie bei Politikern, Gesellschaftsaktivisten und -analysten. 1950 arbeitete ein Fünftel der Europäer auf Bauernhöfen, die Einkommen waren niedrig und die Sozialleistungen dürftig. Als 1973 der Ölschock kam, war Europa ein anderes. Hunger, Entwurzelungen und Zerstörungen der Nachkriegsjahre waren vom Massenkonsumismus und vom Reichtum der Mittelklasse abgelöst worden. Die Welt beneidete Europa um seine Von-der-Wiege-bis-zur-Bahre-Sozialpolitik. All dies hing an Europas Fabrikationswunder. Die Industrieproduktion wuchs schneller als die nationalen Einkommen – und die Industrieexporte schneller als beide.

Viele nahmen das Verhältnis zwischen Fabrikation und Wohlstand als kausal an und scheinen heute entschlossen zu sein, das europäische Malaise mit einer Begünstigung der hiesigen Fabrikationen zu bekämpfen. Wenn dies für die Post-2.-Weltkriegs-Generation funktionierte, warum sollte es nicht auch für die Post-Krisen-Generation klappen?

Aber es hat einen simplen Grund, warum die Fabrikation heute nicht mehr die Rolle spielt, die sie in den Nachkriegsjahren spielte. Die Natur der Globalisierung hat sich gewandelt: Die Informationstechnologie erlaubte es den Firmen reicher Länder, ihr fortschrittliches Know-how mit billigen Arbeitskräften in Niedriglohnländern zu kombinieren. Neue Wissensströme halfen, einige arme Länder zu industrialisieren, jedoch zerstörten sie den Lebensunterhalt vieler Arbeitnehmer reicher Länder. Tatsächlich sind Wut, Frust und das Gefühl des Entzugs wirtschaftlicher Mitbestimmung rational. Die neue Globalisierung beeinflusst reiche Ökonomien auf eine individuellere, plötzlichere, unvorhersehbarere und unkontrollierbarere Weise. Die neue Globalisierung ist ungestümer als die alte Globalisierung. Unfairer. Firmen können Know-how-Aktiva in Entwicklungsländern als Hebel einsetzen. Das treibt den Wert der Firmen hoch, zugleich engt es den Verhandlungsspielraum der Arbeitnehmer reicher Länder in Sachen Lohn ein.

Unter den am höchsten qualifizierten, am besten auf dem Arbeitsmarkt platzierten Arbeitnehmern in den USA hat der Wettbewerb nicht zugenommen – eher im Gegenteil. Die neue Globalisierung öffnete ihnen ein noch grösseres Feld, auf dem sie ihre Talente einsetzen können. Für US-Arbeiter hingegen, deren Fähigkeitsprofile näher an dem von Arbeitern in Entwicklungsländern sind, hat die neue Globalisierung eine drastische Zunahme an Wettbewerbern gebracht, dies umso mehr, da die Wissensumgebungen ihrer Arbeitgeber immer auslagerbarer wurden.

Richard Baldwin
ist Professor für Internationale Ökonomie am Genfer Graduate Institute sowie Chefredaktor der dort angesiedelten Plattform «Vox», die spezialisiert ist auf recherchebasierte Politikanalyse durch führende Ökonomen. Er doktorierte unter Paul Krugman, mit dem er zahlreiche Artikel verfasste. Von ihm zuletzt erschienen: «The Great Convergence» (Harvard University Press, 2016).
Der vorliegende Text ist zunächst in «The Irish Times» erschienen, wir danken dem Autor und Irish Times Limited für die freundliche Genehmigung zur Übersetzung.

Die Unsicherheit wird akzentuiert durch die Unvorhersehbarkeit des künftigen Globalisierungsverlaufs. Die frühere Unterscheidung zwischen «Sunrise»- und «Sunset»-Sektoren, zwischen auf- und absteigenden Industriezweigen, funktioniert nicht mehr. Im Rahmen der neuen Globalisierung ist der globale Wettbewerb sehr viel persönlicher: einerlei, was für einen Job man hat, und ungeachtet des Sektors, in dem man arbeitet – niemand ist sicher, dass der eigene Job nicht der nächste ist, der verschwindet oder von der Globalisierung profitiert.

Berechtigte Ängste und falsche politische Rezepte

Das macht Angst. Es entsteht ein mit Händen greifbares Gefühl der Unsicherheit, das angesichts der Wirtschaftsstatistiken in bezug auf Arbeitslosigkeit und durchschnittliche Lohnzuwachsraten ungerechtfertigt erscheinen mag. Die Wut ist rational, das allerdings gilt nicht für die gegenwärtige politische Reaktion darauf. Denkfehler haben Politiker, vom die Massen aufpeitschenden Populisten bis zum Mainstreampolitiker, dazu verführt, Politiken ins Gespräch zu bringen, die das wahre Problem nicht beseitigen. Welche?

Das aktuell populäre Kappen von Handelsverträgen oder gar ein Aussetzen des Handels führt nur dazu, dass Firmen *mehr* Jobs und Know-how ins Ausland verlegen. Der hier wirkende Trugschluss stammt noch aus der alten Globalisierung und beruht auf der Annahme, dass Kompetenz ein nationales Konzept sei und dass Grenzkontrollen wirtschaftliche Ergebnisse steuerten.

In der neuen Globalisierung ist Wettbewerbsfähigkeit aber ein transnationales Konzept. Nehmen wir die Autoindustrie: Was zählt, ist, dass Autos aus der Fabrik Europa stammen – nicht, ob sie in der Fabrik Grossbritannien oder in der Fabrik Irland hergestellt wurden. Das Zerschneiden des Tischtuchs mit der EU, die die geschmeidige Integration britischer Firmen in die Fabrik Europa unterstützte, rettet keine Jobs. Es zerstört sie. Es ist, als zöge man Mauern hoch an der Chrysler-Fertigungsstrasse in Michigan, weil man hier neue Jobs schaffen will. Aber: *Firmen* besitzen das Fertigungs-Know-how, nicht *Nationen*. Und diese Firmen werden es auslagern, wenn die nationalen oder lokalen Konditionen sich verschlechtern.

Die richtige Antwort ist es, sicherzustellen, dass reiche Länder attraktive Produktionsstandorte bleiben. Gleichzeitig muss ein umfassendes Paket sozialer und wirtschaftlicher Politiken geschnürt werden, das garantiert, dass alle ihren fairen Anteil an Gewinnen und Gefahren des technologischen Fortschritts und der Globalisierung haben. Die Leute müssen spüren, dass, einerlei, welchen Job sie haben und wo sie leben, sich die Regierung bemüht, Möglichkeiten zu eröffnen, damit sie auch bei künftigen Globalisierungs-, Automatisierungs-, Demographie- und Klimawandelherausforderungen gedeihen können.

Das Unterbinden der Migration, ein weiteres aktuell beliebtes Rezept der Politik, gehört ebenfalls nicht dazu. Es mag allenfalls dazu taugen, wenige heimische Lohntüten etwas praller zu füllen. Aber die meisten Migranten kommen schlicht nicht als Konkurrenten um auslagerbare Jobs. Am unteren Ende des Spektrums beruflicher Fähigkeiten gehen sie vielmehr denjenigen Jobs nach, die einheimische Arbeiter ohnehin nicht mehr verrichten wollen. Oft finden sich diese Jobs in nichtgehandelten Sektoren, die von der Globalisierung isoliert sind – oder aber am oberen Ende des Spektrums beruflicher Fertigkeiten, wo Neuankömmlinge fehlende Qualifikationen mitbringen.

Wir müssen begreifen, dass die Quelle der Anti-Globalisierungs-Gefühle real und rational ist. Die Globalisierung hat positive und negative Effekte, ob wir das nun wollen oder nicht. Sicher ist aber auch: der Versuch, die Anti-Globalisierungs-Befindlichkeiten an der Urne zu kurieren, indem man gegen Offenheit stimmt, ist so erfolgversprechend wie die Behandlung eines gebrochenen Beins mit Antibiotika. Wirksame Medizin, kreuzfalsch angewandt. ‹

Aus dem Englischen übersetzt von Gregor Szyndler.

«1950 arbeitete ein Fünftel der Europäer auf Bauernhöfen, die Einkommen waren niedrig und die Sozialleistungen dürftig. Als 1973 der Ölschock kam, war Europa ein anderes.»

Richard Baldwin

3 Die antiliberale Konterrevolution

Warum hart erkämpfte Freiheiten in der Welt und in Europa heute wieder bedroht sind – und was dagegen unternommen werden kann.

Michael Wiederstein trifft Timothy Garton Ash

Herr Garton Ash, Sie bezeichnen sich als klassisch-liberal. So würde ich mich auch selbst bezeichnen. Allerdings: warum eigentlich der Zusatz «klassisch»? Tut es «liberal» als Haltungsbeschreibung heute nicht mehr?

Ich bin mit Herz und Verstand ein überzeugter englisch-europäischer Liberaler. Wenn man sich so bezeichnet, vor allem in meinem Alter, Anfang 60, hat man über die letzten vierzig Jahre einen unglaublichen und erfreulichen Vorwärtsmarsch der Freiheit und des Liberalismus erlebt. Denken Sie daran: als ich Student war, waren Spanien, Portugal und Griechenland noch Diktaturen. Seit dieser Zeit hat es Wellen von Liberalisierung und Demokratisierung gegeben, die auch nach 1989 mit der Globalisierung einhergingen. Man muss heutzutage deshalb gleich klären, was das konkret heisst, denn das «L-Wort» bedeutet in den Vereinigten Staaten beinahe «Kommunist» und in Russland beinahe «Faschist», auch in Frankreich ist «liberal» fast zu einem Schimpfwort geworden. Klassisch-liberal bedeutet für mich: der höchste politische Wert ist die individuelle Freiheit, die Freiheit des einzelnen. Natürlich gibt es auch andere politische Werte, die für den Liberalismus bedeutend sind, aber bereits die individuelle Freiheit ist komplex genug: Damit ein Individuum frei sein kann, muss es politisch, ökonomisch und sozial frei sein.

Wenn man als klassisch Liberaler aktuell auf die Welt schaut, in welchem Zustand befindet sich der westliche Liberalismus?

Timothy Garton Ash
ist Historiker und Direktor des European Studies Centre am St. Antony's College der University of Oxford. Am 25. Mai 2017 wurde ihm der Karlspreis zu Aachen verliehen. Zuletzt von ihm erschienen: «Redefreiheit. Prinzipien für eine vernetzte Welt» (Hanser, 2016; aus dem Englischen von Helmut Dierlamm und Thomas Pfeiffer).

Michael Wiederstein
ist Chefredaktor dieser Zeitschrift.

Wir erleben im Moment eine antiliberale Konterrevolution, und zwar weltweit. Natürlich, den Historiker überrascht das nicht, es gibt eine Reformation, dann gibt es eine Gegenreformation. Es gibt die Französische Revolution, es gibt eine Restauration. Aber: ich bin in den letzten neun Monaten in China, in Indien, in der Türkei, in Nordamerika und Europa gewesen. Überall erleben wir regelrechte Konterrevolutionen als bewusste Reaktionen auf den Vorwärtsmarsch der Freiheit und des Liberalismus. Die Rede-, Wirtschafts- oder Gesellschaftsfreiheit ist bedroht. Und ob wir von Wladimir Putin, Xi Jinping, Recep Tayyip Erdogan, Viktor Orbán, Jaroslaw Kaczynski, Donald Trump, Marine Le Pen, Geert Wilders oder von Nigel Farage reden: bei allen Verschiedenheiten, die diese Politiker und ihre Bewegungen voneinander abheben, und es gibt davon einige, können sie als Protagonisten einer globalen, antiliberalen Bewegung bezeichnet

Timothy Garton Ash, photographiert von Thomas Burla.

werden. Diese Gegenbewegung zielt auf alle Freiheiten, die seit 1989 gewonnen wurden.

Als 1983er Jahrgang erinnere ich mich noch, wie ich meine Eltern als kleiner Junge dabei beobachtete, als sie sich den Fall der Berliner Mauer im Fernsehen angeschaut haben: Sie haben eine Flasche Sekt geöffnet, das gab es sonst nicht. Später kamen weitere Teile der Familie, alle haben gefeiert. Seither ist viel passiert: die Freiheits-, Wohlstands- und Mobilitätsgewinne sind so enorm, dass ich mir nicht erklären kann, woher sich diese von Ihnen beschriebene Konterrevolution eigentlich speist. Können Sie mir das erklären?
(Überlegt) Jein. Meine prägenden Erfahrungen fanden in Ost- und Mitteleuropa statt. Vor der Wende waren die Lebenschancen eines jungen Polen oder Ostdeutschen unvergleichbar schlechter als die eines jungen Briten oder Schweizers. Jetzt sind sie durchaus vergleichbar. Es gibt einen riesigen Gewinn an individuellen Freiheiten. Wenn ich einen jungen Polen oder Ungarn sehe, der überall hinkommt, der seine Freizügigkeit geniesst, ist es mir jedes Mal eine Freude. Doch nun zur anderen Seite der Medaille. Erstens ist die Freiheit nicht allen geheuer. Für einen Wladimir Putin, einen ehemaligen KGB-Mann und einen Freund des sowjetischen Imperiums, ist sie geradezu ungeheuerlich, Gleiches gilt für Exponenten der chinesischen Kommunistischen Partei. Zweitens hat die Welle aus Liberalisierung, Globalisierung und Europäisierung – drei parallel verlaufende Prozesse – auch viele Menschen beiseitegeschoben, marginalisiert, zurückgelassen oder ihnen zumindest dieses Gefühl vermittelt.

Sie meinen ökonomische Ungleichheit? Die mag zwar weniger ausgeprägt gewesen sein im ehemaligen Sowjetblock – dafür waren aber alle «gleich arm».
Es ist nicht nur die ökonomische Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient ist in Polen nicht gestiegen, die Wahlchancen von Populisten hingegen schon. Es geht hier eher um eine Ungleichheit der Aufmerksamkeit und des Respekts. Man redet von den «Abgehängten», den «Versagern», den «ewig Gestrigen». Und den neuen Populisten ist es gelungen, diese zu einer Gruppe zu verschweissen, die ich in Anspielung auf die «Coalition of the Willing» eine «Koalition der Unwilligen» nenne.

Wer gehört dazu?
Das sind ganz verschiedene gesellschaftliche Gruppen, die durch ein vereinfachtes, aber emotional ansprechendes, nationalistisches Narrativ zu einer grossen Gruppe werden. Ihnen macht zu schaffen, was der Harvard-Ökonom Dani Rodrik als «Trilemma der Globalisierung» bezeichnet hat. Rodrik behauptet in bezug auf die drei Dinge Globalisierung, Demokratie und souveräner Nationalstaat, man könne relativ leicht zwei davon haben, aber nicht alle drei. Globalisierung und Demokratie? Funktioniert, aber nur, wenn Sie etwas Souveränität abbauen. Globalisierung und souveräner Nationalstaat? Funktioniert, aber nur, wenn Sie etwas Demokratie abbauen. Den Populisten ist es nun gelungen, Souveränität und Unabhängigkeit mit der Rhetorik der Demokratie zu verbinden. Sie rufen: «Wir sind das Volk, wir sind für die Demokratie!» Damit sagen sie aber auch: «Die anderen sind an unseren Problemen schuld.» Wahlweise werden dann die Einwanderer, die Muslime, die Mexikaner, die Kurden oder die Eliten zur Zielscheibe. «On est chez nous!», ruft man beim Front National – «wenn wir nur allein wären, unter uns, dann wäre alles gut.» Das stimmt natürlich nicht, klingt aber in vielen Ohren schön.

Die Briten riefen vor einem Jahr: «Take back control!» Das war, jenseits des Populismus, doch ein legitimes politisches Anliegen?
«Take back control», «Wir sind das Volk» oder mit Donald Trump: «I'm your voice» – in jedem dieser klassisch-populistischen Ausrufe wird das «Wir» gegen «die anderen» in Stellung gebracht. Das ist auch nötig, schliesslich ist der Populist auf Abgrenzung angewiesen, um sich zu definieren. Er schafft das mit der Abgrenzung von zwei Feindbildern: einerseits die ethnokulturell anderen, also «die Mexikaner, Muslime, die Einwanderer, Kurden». Andererseits die soziopolitisch anderen, etwa die «Eliten, die Experten». Michael Gove sagte während der Brexit-Debatte: «People in this country have had enough of experts!» Und er sagt das, obwohl er Experte und Elite in Personalunion ist.

Dasselbe gilt für uns, die wir uns hier Gedanken machen, um sie in einem klassisch-liberalen Medium zu publizieren: wir sind das neue Lieblingsfeindbild derer, die den Status quo ablehnen.
So ist es. Und in einem gewissen Sinne stimmt das ja auch: Wir gehören eben nicht zu dem von Populisten imaginierten «Volk», das wunderbar einig ist und seit abertausend Jahren hier ansässig, ohne irgendeine Änderung, stark und warm. Liberale wie Experten verschreiben sich nicht der Lieferung von Nestwärme. Sie sprechen keine volksnahe, emotional ansprechende und «warme» Sprache.

Können Sie dafür ein aktuelles Beispiel bringen?
Die französischen Präsidentschaftswahlen! Vergleichen wir, ganz unabhängig von den politischen Präferenzen, einmal Macron und Le Pen. Macron trat in der Debatte sehr intellektuell, manchmal gar technokratisch auf – er berief sich auf komplizierte Wahrheiten, Tatsachen. Dagegen Marine Le Pens Vorstellungen von Ökonomie: protektionistischer Unsinn, aber hochaufgeladen mit patriotischen Floskeln. Jacob Burckhardt, mein Lieblingshistoriker, nannte solche Leute «terribles simplificateurs». Und nun sage ich etwas, das elitär klingt, aber enorm wichtig ist: Wir Liberalen haben oft den Verstand auf unserer Seite, aber seltener das Herz. Das soll nicht heissen, dass wir ebenfalls mit dem Simplifizieren, Polemisieren und Lügen anfangen sollen. Aber wir müssen, wenn wir politisch wieder erfolgreicher sein wollen, unsere Narrative vereinfachen, attraktiver und emotional ansprechender machen.

«Kein normaler Mensch in Europa glaubt, dass er oder sie durch das Europaparlament unmittelbar demokratisch vertreten wird.»

Timothy Garton Ash

Es ist das alte Problem der Liberalen: ihr Zugang zur Politik ist nicht selten sachlich, technokratisch, bestenfalls faktenbasiert. Das ist demokratisch nicht unbedingt attraktiv.

Doch, das ist es! Aber nur in einer Diktatur, wenn es um den Kampf für die Freiheit geht. Ich werde nie vergessen, wie der Kampf um die Freiheit aussah, im Osteuropa der 1980er Jahre – dort war das liberale Narrativ sogar sehr «warm». Aber mein Freund Ralf Dahrendorf sagte schon damals: Liberalismus, Verfassungspatriotismus, offene Gesellschaft – alles wunderbare Sachen, aber relativ kühl.

Das stimmt. Der Antihaltung spielt aber doch in die Hände, dass es tatsächlich lange versäumt wurde, offensichtliche Probleme innerhalb der Struktur der Europäischen Union – Stichworte wären «Imperial Overstretch», zu viel Bürokratie, Bürgerferne – offen zu diskutieren. Die aufstrebenden Protestparteien machen die Probleme immerhin zum Thema – vielen Stimmbürgern, selbst denen, die mit den angebotenen «Problemlösungen» nicht einverstanden sind, reicht das vielleicht schon.

Eine sehr wichtige Frage: was sollen Liberale angesichts einer antiliberalen Konterrevolution tun? Zunächst müssen wir selbstkritisch sein: bei der Globalisierung, bei der Liberalisierung, bei der Europäisierung ging es zum Teil einfach zu rasch vorwärts. Die Lebenswelt der Menschen – das habe ich ja auch von den Menschen gehört, als ich während des Brexit-Referendums auf der Strasse war, um für «Remain» zu werben – hat sich zu schnell verändert.

Mit Verlaub, aber: Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist mehr als ein Vierteljahrhundert vergangen.

Der Mensch ist nicht so schnell! Wir haben die Auswirkungen der Bewegungsfreiheit innerhalb der EU unterschätzt, auch die schnelle gesellschaftliche Liberalisierung, die beispielsweise in Polen enorm kontrovers diskutiert wird. Die verschiedenen Effekte der Globalisierung, die natürlich insgesamt sehr positiv sind, die Verlagerung der Arbeitsplätze nach Indien und China und nicht zuletzt noch die Akklimatisierung an die digitale Revolution – all das haben wir unterschätzt. In der Europäischen Union kommt noch die Bürgerferne und das Demokratiedefizit hinzu. Klar können wir mit dem Europaparlament kontern, das direkt gewählte Abgeordnete mit inzwischen vielen Machtbefugnissen hat. Auf dem Papier und objektiv hat die EU eine demokratische Kontrolle.

Und subjektiv?

Subjektiv funktioniert das überhaupt nicht. Kein normaler Mensch in Europa glaubt, dass er oder sie durch das Europaparlament unmittelbar demokratisch vertreten wird. Das ist keine Behauptung, sondern ein Faktum. Jahr für Jahr werden im Eurobarometer die Bürger der EU-Länder gefragt: «Haben Sie das Gefühl, Ihre Stimme wird in der EU gehört?» Und Jahr für Jahr sinkt diese Zahl. Aktuell hat nur noch ein Drittel der Befragten das Gefühl, gehört zu werden. Das ist ein strukturelles Problem der Europäischen Union.

Wäre also nicht eine Vereinfachung und Entschlackung der EU angezeigt, gar mehrheitsfähig – und könnte sie nicht von liberalen Kräften getragen werden?

Das Leben wird nicht im Konjunktiv gelebt. Aber wenn wir das europäische Projekt heute nochmals beginnen könnten, träte ich für ein Europaparlament als Vertretung der nationalen Parlamente ein. Diese Eurozone würde ich nicht ins Leben rufen, und eine Währungsunion ohnehin nur dann, wenn sie ordentlich vorbereitet ist und nur unter jenen Ländern, die dazu fähig sind. Und ich wäre vorsichtiger mit der Bewegungsfreiheit. Denn im Nachhinein ist es natürlich absurd: wir haben die Grenzen innerhalb der

62 Timothy Garton Ash, photographiert von Thomas Burla.

Schengenzone abgebaut, ohne die äusseren Grenzen der Schengenzone aufzubauen. Was dachten wir uns dabei?

Im Nachhinein sind wir alle klüger.
Jedenfalls muss die EU die Menschen wieder überzeugen. Für eine politische Gemeinschaft wie die Europäische Union ist Überzeugungskraft überlebenswichtig. Egal, ob ich heute in die Türkei gehe oder nach Grossbritannien, in die Ukraine oder nach Marokko – von der ehemals magnetischen Kraft der EU ist nur noch wenig übrig.

Verstehen Sie also, weshalb derzeit 80 Prozent der Schweizer überhaupt kein Interesse daran haben, EU-Europäer zu werden? Hier gelingt es ja leidlich, das «Trilemma der Globalisierung» aufzulösen: die Schweiz ist ein gutes Stück weit souverän, aber sie ist hochglobalisiert – und alle drei Monate heisst es an der Urne: «Wir sind das Volk» – und das einigermassen natürlich, ohne Schaum vor dem Mund.
(Lacht) Obwohl ich wirklich ein leidenschaftlicher Befürworter der EU bin, verstehe ich die Schweiz, ja. Und vielleicht ist die Schweiz auch die kleine grosse Ausnahme von der Regel. Aber direkte Demokratie ist auch etwas ganz anderes als das Plebiszit in repräsentativen Demokratien – ein Plebiszit kommt von oben, die direkte Demokratie kommt von unten. Insofern hat das Brexit-Referendum mit dem, was in der Schweiz seit Jahrhunderten passiert, nichts zu tun. Gleichwohl sollten sich die Schweizerinnen und Schweizer keinen Illusionen hingeben.

Wie meinen Sie das?
Unfreundlich ausgedrückt: die Schweiz verhält sich durchaus parasitär zur Europäischen Union. Wenn alle Länder Europas so «unabhängig» und «eigensinnig» wären wie die Schweiz, wäre die Schweiz nicht die Schweiz, in der Sie heute leben. Ich übertreibe natürlich – aber die Schweiz, genau wie Grossbritannien, profitiert zweifellos von der grossregionalen Kooperation, Offenheit und Rechtsstaatlichkeit der EU. Auf sich selbst verwiesen, fallen gelassen, gäbe es überhaupt keine Garantie, dass alle Staaten Europas so demokratisch, offen und kooperationsbereit wären. Das hat uns schon das ehemalige Jugoslawien gezeigt. Gerade der Schweizer Populismus illustriert doch auch, wie sehr die Brexiteers uns in die Irre führen. Sie sagen uns: «Ihr werdet nicht mehr die Probleme Europas haben.» Mit Einwanderung, mit multikultureller Gesellschaft, mit Islamisten und so weiter. Aber machen diese Probleme an der Schweizer Grenze plötzlich halt? Nein. Genauso wenig werden sie am Ärmelkanal halt machen.

Aber dennoch gilt: die Schweiz mit ihren vier Kulturen, sehr viel individueller Freiheit, hohem Globalisierungsgrad, niedrigem Steuerfuss usw. könnte doch ein Modell sein, an dem sich die Europäische Union immerhin das eine oder andere abschaut – im Sinne der Systemkonkurrenz. Die Stichworte Föderalismus, Steuerwettbewerb, Kohäsion fallen ja auch in Brüssel immer wieder. Wie tauglich ist so ein «Role Model Schweiz»?
Natürlich hat die Schweiz ihre vielen Kulturen, Sprachen und die Verbindung zwischen Multikulturellem und direkter Demokratie – und das ist durchaus bewundernswert, aber auf Europa nicht ohne weiteres übertragbar. Die Europäische Union ist ein UFO, ein «unidentified flying object». Sie ist etwas völlig Neues in der Geschichte und somit sind all diese Vergleiche mehr oder weniger irreführend.

Gleichwohl strengen sich momentan besonders viele Leute an, nicht nur in der Schweiz. Wir haben es dabei letztlich mit den überwunden geglaubten Konflikten zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft zu tun, oder?
Zwischen Nation und globalisierter Welt, richtig.

Die eine ist überschaubar, transparent, warm. Es herrschen soziale Kontrolle und Übersicht. Die andere ist anonym, global, scheinbar chaotisch – kalt. Das zumindest scheint die Wahrnehmung vieler Bürger zu sein. Vertragen sich Nation und globalisierte Welt nicht mehr?
Unser Problem ist doch vielmehr die irrige Annahme, dass Gemeinschaften sich ausschliesslich national definieren lassen müssten. Das ist nicht länger der Fall: Betrachten Sie nur mal die vernetzte Welt, das Internet. Es bietet die Chance, eine virtuelle Gemeinschaft aufzubauen, die grenzübergreifend und transkulturell ist – und sehr viele Leute nutzen heute schon diese Chance. Es hat noch nie eine Zeit gegeben, in der die Hälfte der Menschheit, über das Smartphone, diese Zauberkiste, miteinander kommunizieren konnte.

Worauf wollen Sie hinaus?
Gibt es nicht doch die Chance, dass wir ein transkulturelles Gefühl der Gemeinschaft haben, dass wir ein bisschen näher sind an Immanuel Kants Traum von der «Weltbürgergesellschaft»? Und falls ja: warum sollten wir es weiterhin akzeptieren, dass «Gemeinschaft» nur ethnisch-kulturell – im Sinne eines Volkes etwa – definiert sein kann?

Zugestanden: viele von uns haben heute Vertraute oder Kollegen auf der anderen Seite der Welt, die wir sehr schätzen – und mit denen wir oft mehr gemeinsam haben als mit alten Schulkollegen oder Menschen aus anderen Landesteilen. Aber: die Potenziale dieses Netz-Weltbürgertums werden doch bisher nur von einer globalisierten Klasse überhaupt erfahren.
Selbst der klischierte nordenglische Fischer, der nie ein Smartphone in der Hand hatte, profitiert letztlich davon, dass die Bedürfnisse der Menschen um ihn herum besser befriedigt werden! Das ist aber gar nicht der Punkt: Ob nun in Indien, China oder in der Türkei, wo immer man hinschaut, gibt es eine «Generation Weltoffenheit». Gerade dort, wo der Antiliberalismus politisch

obsiegt, existiert eine ganze Generation von vornehmlich jungen Menschen, die die Freiheit des Internets geniessen und diese auch sehr mutig und mit grossen Risiken verteidigen. Die sind im Moment politisch unter Druck, denn sie verteidigen die pluralistische Version der Aufklärung. Die monistische – das hat Isaiah Berlin wunderbar beschrieben – war schliesslich Wegbereiter des Totalitarismus. Für uns Liberale geht es also nicht darum, dass wir uns alle einig werden. Wichtig ist vielmehr, dass wir einig sind, wie wir uneinig werden: Die Konflikte werden friedlich ausgetragen, ohne Freiheiten einzuschränken.

Ich kontere: In alternden Gesellschaften, die tendenziell konservativer werden, haben diese jungen Menschen einen demographisch-demokratischen Nachteil, sie werden, wenn sie überhaupt zur Freiheit befragt werden, womöglich schlicht überstimmt.

Oder es ist genau andersherum: dass sie jung sind, ist ihr grosser Vorteil. Denn: ihre Zeit kommt! Geschichte verläuft in Wellenbewegungen – Welle, Gegenwelle, Bewegung, Gegenbewegung. Die Entwicklung wird also Zeit brauchen. Der Populismus von links und rechts wird nicht heute oder morgen verschwinden, seine Ikonen mögen uns auch noch lange «Globalisten» schimpfen. Aber schaut man mit einer Perspektive von 20 bis 30 Jahren in die Zukunft, kommt die Generation der potenziellen Weltbürger an die Macht. In diesen Moment setze ich viele Hoffnungen.

Hat man Sie schon einmal einen «Globalisten» genannt?

Sicherlich.

Und was haben Sie geantwortet?

«Warum denn nicht?»

(Lacht) Ist das ein Beispiel für die von Ihnen propagierte «robuste Zivilität» im Umgang mit jenen, die andere mundtot machen wollen?

Ja, denn darum geht es in einer liberalen, pluralistischen Demokratie. Jeder einzelne ist gefordert, unsere Normen der robusten Zivilität zu verteidigen und voranzubringen. Dazu gehört beispielsweise, mit Hassreden umgehen zu lernen, zu kontern, zu kritisieren. Es braucht ein Klima, das dieses Engagement belohnt – was es nicht braucht, sind Zensurbehörden und Verbote. Schauen Sie nach Deutschland: dort ist momentan ständig von Google, Facebook und Twitter die Rede. Die grossen Plattformen werden dargestellt, als seien sie des Teufels, weil sie Quatsch, Hass und Missgunst salonfähig machten. Und der gute Vater Staat, so hört man, müsse dafür sorgen, dass alles ordentlich vor sich geht. Dabei ist es genau anders herum: Wir, als Zivilgesellschaft, müssen uns Mühe geben, die robuste Zivilität – diese Streitkultur – unter den Umständen des Internets neu zu formieren. Und dabei, so viel ist richtig, spielen die privaten Supermächte, also die grossen Internetkonzerne, eine wichtige Rolle.

In Ihrem Buch «Redefreiheit» schreiben Sie diesbezüglich von Katzen, Hunden und Mäusen. Die Katzen, das sind besagte Konzerne wie Google und Facebook, die Hunde, das sind die tonangebenden politischen Kräfte, vorrangig die USA, China und teilweise auch die EU. Was mich sehr gestört hat, ist das Bild von den Mäusen – also von uns Bürgern. Sind wir wirklich so klein und schwach?

Nein. Mein Buch ist ein Manifest für vernetzte Mäuse (lacht). Das Internet gibt uns neue Chancen der Vernetzung, die uns Mäusen erlaubt, effektiv und wirkungsvoll Druck auf die mächtigen Hunde – unsere Staaten, sofern sie uns einzuschränken gedenken, wie etwa China – auszuüben. Das ist neu. Und wovor fürchten sich die Katzen, also die Googles, Facebooks und Twitters? Nicht etwa vor den Hunden der US-Administration. Vielleicht ein bisschen vor der Regulierungsmacht der EU, aber vor allem davor, dass ihnen ihre Nutzer weglaufen. Das sind wir, die Mäuse. Und diese neue Machtposition sollten wir Bürger viel effektiver nutzen.

Die grösste Gefahr für unsere Redefreiheit ist also nicht die Einführung eines «Wahrheitsministeriums», sondern unsere eigene Angst?

Die ultimative Waffe gegen die Redefreiheit und den Pluralismus ist und bleibt die Androhung von Gewalt – und wenn dieser nicht dezidiert begegnet wird, hat das durchaus mit Angst, aber auch mit einer gewissen Trägheit zu tun, auch mit intellektueller Trägheit. Das heisst: wir müssen die Androhung von Gewalt nicht nur selbst vermeiden, sondern auch den Androhungen von Gewalt durch andere widerstehen. Nehmen Sie die islamistischen Anschläge gegen Journalisten in Europa: Ja, wir sollten solidarisch sein mit «Charlie Hebdo». Vor allem auf Seiten der Journalisten, der Verlage, der Gesellschaft. Wenn wir das nicht lernen, wird nur der von Gewaltandrohungen ausgehende Einschüchterungseffekt immer grösser.

Wie schaffen wir das?

Zunächst sollten wir kommunizieren. Es gehört im Angesicht der Gewaltandrohung schon viel Mut dazu, zu sagen: «Ich habe Angst.» Noch mehr Mut braucht es aber beispielsweise zu sagen: «Ich werde diese Mohammed-Karikaturen nicht publizieren – aus Angst.» Das wäre schon ein grosser intellektueller Fortschritt gegenüber der oft heuchlerischen Aussage: «Ich bringe diese Karikaturen aus Respekt oder Achtung vor anderen Religionen nicht.» Verstehen Sie mich nicht falsch: Das kann ja alles wahr sein, aber wenn sich immer mehr Bürger aus Angst in Selbstzensur üben, so ist das eine Katastrophe für das gesellschaftliche Klima und also für die Freiheit. Wie sagte schon Perikles? «Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut.» Dem ist wenig hinzuzufügen. ❮

Das vorliegende Gespräch wurde anlässlich des diesjährigen, 47. St. Gallen Symposiums geführt. Timothy Garton Ash hielt dort die Max Schmidheiny Lecture zum Thema «Redefreiheit». Wir danken den Verantwortlichen des St. Gallen Symposiums für die hervorragende Zusammenarbeit.

«Die ultimative Waffe gegen die Redefreiheit und den Pluralismus ist und bleibt die Androhung von Gewalt – und wenn dieser nicht dezidiert begegnet wird, hat das durchaus mit Angst, aber auch mit einer gewissen Trägheit zu tun, auch mit intellektueller Trägheit.»

Timothy Garton Ash

4 Warum Ihre Firma eine eigene Aussenpolitik braucht

Multinationale Unternehmen können sich weder auf ihre eigene noch auf fremde Regierungen verlassen. Sie brauchen internes Know-how im Umgang mit geopolitischen Risiken.

von John Chipman

Im Februar 2014 besetzte Russland die ukrainische Halbinsel Krim, und einen Monat später erklärte es die Krim zu russischem Boden. Dieser plötzliche Schachzug markierte für Europa den Anfang der ersten grösseren diplomatischen Krise seit einer Generation. Er war ausserdem ein Weckruf für viele Unternehmer und Führungspersonen. Während sich die Krise ausweitete, befragte die Bank of England Manager nach ihrer Haltung zu systemischen Risiken – und veröffentlichte im Juni die erstaunlichen Resultate: 57 Prozent der Befragten nannten geopolitische Risiken als grösste Herausforderung für ihr Unternehmen. Im Jahr zuvor waren es noch 13 Prozent gewesen. Seither haben nachfolgende Umfragen das Resultat bestätigt: Immer wieder standen geopolitische Risiken zuoberst auf der Liste – vor Cyberattacken, finanziellen Unruhen und sogar vor Konjunktureinbrüchen. Die Geopolitik ist damit zurück auf der Agenda.

Der Krim-Konflikt ist kein Einzelfall: Der Entscheid zum Brexit wird nicht nur das Verhältnis Grossbritanniens zur EU verändern, sondern ebenso drastisch die künftige Gestalt der EU. China meldet mit erstarktem Selbstvertrauen territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer an. Im Nahen Osten bedroht das Fortschreiten des sogenannten Islamischen Staats und sein ausgerufenes Kalifat die Integrität gleich mehrerer Staaten. Die Aktionen des IS in Libyen – und die anderer Terrorgruppen in Westafrika – destabilisieren grössere Gebiete in dieser Region. Nicht zuletzt ist die Innenpolitik verschiedener afrikanischer und südamerikanischer Staaten von unberechenbarer Launenhaftigkeit.

Zu diesem generellen Klima der Destabilisierung kommt die Tatsache hinzu, dass bei Provokationen in der einen oder anderen Region mit einer Intervention des langjährigen Weltpolizisten USA nicht mehr gerechnet werden kann. Auch nachbarschaftliche Verteidigungsbündnisse haben an Bedeutung und Effektivität verloren. Kurz: weite Teile der Welt sind unberechenbarer geworden. Das wirkt sich nicht zuletzt auf Unternehmen aus: Sie können nicht davon ausgehen, dass irgendein Gleichgewicht der Mächte oder die Schutzversprechen von Supermächten für Stabilität sorgen.

In einem solchen Umfeld werden jene multinationalen Unternehmen Erfolg haben, die in aussenpolitisches Know-how inves-

John Chipman
ist Generaldirektor und CEO des Londoner Think Tanks International Institute for Strategic Studies IISS. Er amtet als Verwaltungsrat der Abraaj Group, einer auf globale Wachstumsmärkte spezialisierten Private-Equity-Firma in Dubai, sowie als externer Berater des Verwaltungsrats von Reliance Industries in Mumbai.

John Chipman, zvg.

tieren und etwas aufbauen, das am ehesten als Unternehmensaussenpolitik beschrieben werden könnte. Eine solche Aussenpolitik hat zwei Komponenten: sie stellt einerseits mit Hilfe *diplomatischer Bemühungen* sicher, dass ein Unternehmen im Ausland überhaupt aktiv sein kann, und sie sorgt andererseits mit *geopolitischer Due Diligence*[1] dafür, dass es dort auch tatsächlich Erfolg hat.

Staatskunst für die Firma

Zunächst: um sich in der geopolitischen Komplexität der heutigen Welt zurechtzufinden, müssen Unternehmen ein Stück weit Aussenpolitik privatisieren. Sie müssen, mit anderen Worten, Strategien beherrschen, die traditionell Teil der Staatskunst sind. Die Aussenpolitik von Staaten hat üblicherweise die Aufgabe, die Interessen der Nation zu definieren, Informationen zu sammeln und auszuwerten, regionale und lokale Verbündete zu finden und ein dem eigenen Erfolg förderliches Umfeld aufzubauen. Ein Staat muss ausserdem achtsam sein gegenüber anderen Kulturen und sich gegebenenfalls anpassen, ohne die eigenen moralischen Prinzipien zu verraten. Multinationale Unternehmen müssen all das ebenfalls tun – und noch mehr.

Unternehmen übernehmen die Verantwortung für ihren internationalen Ruf und ihr Image. Wenige, falls überhaupt noch irgendwelche Unternehmen wollen heute noch als kommerzielle Vertretung einer bestimmten Nation gesehen werden, wie das beispielsweise mit der East India Company zu Zeiten des britischen Imperiums vom Ende des 17. bis ins späte 19. Jahrhundert der Fall war. Unternehmen haben auch eher weniger Interesse daran, dem Beispiel der United Fruit Company zu folgen, die sich beim Staatscoup von 1954 in Guatemala zur Komplizin der US-Regierung machte. Solche und ähnliche Ereignisse haben weltweit für ein tiefes Misstrauen gegenüber Konzernen gesorgt, und viele Unternehmen haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beide Beine ausgerissen, um unbedingt als politisch neutral wahrgenommen zu werden.

Spätestens seit den 1980er Jahren versuchen viele Unternehmen, öffentlich zu zeigen, dass sie sich als positive Kraft für die Gesellschaft einsetzen: Sie betreiben professionelle Corporate Social Responsibility, kennen ein Risikomanagement für Marken- und Reputationsrisiken und ein Stakeholder Management. Ihre PR-Abteilungen gehen auf die Anliegen von Nichtregierungsorganisationen ein oder tragen sie teilweise sogar selber mit. Nur leider nützt das alles wenig, wenn es darum geht, das eigene Business im Falle eines Coups oder Staatszugriffs abzusichern. Auch gegen Aktionen lokaler Oligarchen, bei Regimewechseln oder plötzlichem öffentlichem Aufruhr sind Unternehmen oft machtlos. Die Realität des 21. Jahrhunderts ist diese: Unternehmen können der Politik weder entkommen, noch können sie langfristig so tun, als wären sie politisch neutral. Also sollten sie akzeptieren, dass sie Aussenpolitik betreiben müssen. Wie funktioniert das?

Die Prinzipien der Due Diligence

So wie Unternehmen Sorgfältigkeitsprüfungen in regulatorischer, rechtlicher, finanzieller und weiterer Hinsicht unternehmen, so sollten sie das auch bei geopolitischen Themen tun. In der Vergangenheit haben sie sich dazu primär auf Risikoberichte zu einzelnen Ländern verlassen. Doch in einer Zeit wachsender transnationaler und lokaler Bedrohungen sollten sich geopolitische Sorgfältigkeitsprüfungen nicht nur auf Länder beschränken, sondern auch andere Ebenen und Sphären mitberücksichtigen.

1. Transnationale Risiken erfassen

Weitreichende regionale Risiken können für Unternehmen ein grösseres Risiko darstellen als nationale Risiken. Das musste der norwegische Ölkonzern Statoil im Januar 2013 erfahren: Damals wurde eine Erdgasanlage, die Statoil gemeinsam mit BP und der algerischen Staatsfirma Sonatrach betrieb, zum Ziel einer Terrorattacke. 40 Menschen aus zehn Nationen kamen dabei ums Leben. Im Laufe einer nachfolgenden Untersuchung realisierte Statoil, dass ihre Sicherheitsstrategie geopolitische Gefahren nicht berücksichtigt hatte – und dass solche Gefahren nicht auf der Ebene einzelner Staaten verstanden werden konnten. Der Terrorangriff, in Mali beschlossen, vom Südwesten Libyens aus geplant und in Algerien ausgeführt, wurde später Al Qaida zugeschrieben. Und: nur eine gründliche Analyse transnationaler und regionaler Bedrohungen hätte dieses Risiko allenfalls vorhersehen können.

Wirksame geopolitische Due Diligence erfordert von Unternehmen ein Verständnis für nationale und transnationale Risiken und eine Einordnung derselben in den weiteren geopolitischen Rahmen. Statoil erfasst heute Länderrisiken, transnationale Bedrohungen und die grossen geopolitischen Trends auf hoher Managementstufe und getrennt von der formellen Investitionsplanung. Ein hochkarätiges Team von internen Spezialisten analysiert laufend geopolitische Risiken, und Experten für internationale Beziehungen beraten den Verwaltungsrat.

2. Regionale politische Trends beobachten

Sorgfältigkeitsprüfungen auf diesem Niveau beschränken sich nicht auf Risikoerfassung. Es geht auch um Sensibilität gegenüber regionalen politischen Entwicklungen. Internationale Unternehmen, die sich an gut durchdachten regionalen Initiativen interessiert zeigen, bauen damit eine Unterstützerbasis auf, von der sie in Zukunft allenfalls profitieren können. Ein Beispiel: zurzeit arbeiten Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile daran, ihre Volkswirtschaften in einem Pacific-Alliance-Handelsbündnis (PA) stärker zu integrieren. Privatwirtschaftliche Firmen, die

[1] Risikoprüfung, die mit «gebotener Sorgfalt» durch den Käufer – und vor dem Kauf – von Beteiligungen oder Immobilien (oder bei einem Börsengang) erfolgt. Due-Diligence-Prüfungen analysieren Stärken und Schwächen, Risiken und Potenziale eines Objekts und tragen so zu seiner Wertfindung bei.

diese Bemühungen unterstützen, dürften später dort gut positioniert sein. Entsprechend nehmen etwa brasilianische Unternehmen einen positiveren Standpunkt gegenüber PA ein als ihre Regierung, die das Bündnis als unwillkommenen Konkurrenten zu Mercosur wahrnimmt. Der grosse brasilianische Finanzdienstleister BTG Pactual eröffnete Niederlassungen in allen vier Ländern, sobald PA zustande gekommen war.

3. Lokale inländische Risiken erfassen

Generell instabile Staaten verfügen nicht selten über grosse Gebiete, die für Investitionen vor Ort attraktiv sein können: So investieren beispielsweise Erdöl- und Gasfirmen in der sogenannten Autonomen Region Kurdistan im Nordirak, weil sie auf die relative Sicherheit in der Gegend vertrauen. Ein internationales Seefahrtunternehmen sollte sich beim Erneuern seiner Risikoversicherung für den Hafen von Surabaya in einem stabilen Teil Indonesiens nicht von terroristischen Aktivitäten in Bali verunsichern lassen. Der mexikanische Teilstaat Sinaloa weist ähnliche Mordraten auf wie El Salvador, 2015 die Mordhochburg der Welt. Im Teilstaat Chiapas hingegen ist die Mordrate nicht höher als auf Hawaii. Auch in Afrika sind viele Bedrohungen lokal: Kano und Baga in Nigeria sind extrem gefährlich, Lagos deutlich weniger.

Trotzdem ist der Entscheid, im Teilgebiet eines geprüften Landes aktiv zu werden, kein einfacher oder eindeutiger. So entschied sich etwa die indische Firma Reliance vor einigen Jahren, ihre Beteiligungen im kurdischen Nordirak an Chevron zu verkaufen, um stattdessen im Südirak zu investieren, was ihr bei einem weiteren Engagement im Norden nach eigener Einschätzung hätte verwehrt werden können. Unternehmen aus Südkorea, den USA oder Österreich fällten andere Entscheide. Einige schätzten die Lage so ein, dass sie mit beiden Landesteilen würden handeln können, andere konzentrierten sich nur auf den Norden. Unabhängig vom individuellen Entscheid gilt: Jedes der Unternehmen musste sich dabei von einer bestimmten, kohärenten aussenpolitischen Strategie leiten lassen. Neutralität hätte in vielen Fällen schlicht bedeutet, auf alle Opportunitäten zu verzichten.

4. Risiken im Heimmarkt nicht vergessen

Es liegt für ein Unternehmen nahe, besondere Aufmerksamkeit auf ein Umfeld zu richten, das es nicht besonders gut kennt. Doch die grössten geopolitischen und kommerziellen Risiken finden sich nicht selten direkt vor der Haustür. Die Abstimmung zur EU-Mitgliedschaft hatte für britische Unternehmen beispielsweise enorme Auswirkungen, und viele setzten sich im Vorfeld des Referendums stark für einen Verbleib in der Union ein. Öffentliche Zurückhaltung in einer politischen Frage, schätzten sie, wäre in diesem Fall nicht im Interesse ihrer Arbeitnehmer und Aktionäre gewesen.

Allerdings kommt es gar nicht selten vor, dass Unternehmen politische und wirtschaftliche Entwicklungen in ihrer Heimat übersehen, die sie in etwas grösserer Entfernung auf jeden Fall bemerkt hätten. Das brasilianische Bergbauunternehmen Vale etwa ist bezüglich seiner Tätigkeiten in Moçambique generell gut aufgestellt und bemüht sich enorm darum, das Land in all seinen Feinheiten zu verstehen. Gleichzeitig hatte es mit bemerkenswerten Schwierigkeiten im benachbarten Argentinien zu kämpfen, einem Land, das es eigentlich besser verstehen müsste. 2011 investierte Vale dort in der westlichen Provinz Mendoza. Wechselkurskontrollen und die aussergewöhnlich hohe Inflation liessen die Kosten in der dortigen Mine derart in die Höhe schnellen, dass sie nicht länger überlebensfähig war. Es brauchte ein Treffen zwischen den Präsidenten von Brasilien und Argentinien im Jahr 2013, damit Vale sich wieder aus dem Nachbarland zurückziehen konnte – ein Rückzug, der das Unternehmen mehrere Milliarden Dollar kostete. Der Schlag wäre vermeidbar gewesen, hätte Vale bei der Investition im Nachbarland etwas mehr Vorsicht walten lassen.

So viel zur Due Diligence und der sorgfältigen Prüfung lokaler, regionaler und internationaler Einflussfaktoren – vor, während und nach jeder getätigten Investition. Kommen wir zur Diplomatie.

Die Prinzipien der Konzerndiplomatie

Die Rolle der Unternehmensdiplomatie beinhaltet zwei Ziele: das Unternehmen ganz grundsätzlich gut zu positionieren und so seine Möglichkeiten im Hinblick auf internationale Investitionen auszuweiten sowie den Erfolg sicherzustellen, sobald es vor Ort ist. Gescheiterte oder erfolgreiche Aktivitäten in verschiedenen Ländern haben einen Einfluss auf die generelle internationale Reputation einer Firma – und umgekehrt hilft ihre generelle Reputation ihr dabei, attraktive neue Märkte zu erobern oder sich würdevoll aus uninteressant gewordenen zurückzuziehen.

Um diesen Zielen gerecht zu werden, können sich Unternehmen weder wie NGO verhalten – ständig für ein bestimmtes moralisches Anliegen trommeln und die Lösung dieses Problems über alles andere stellen –, noch dürfen sie sich als Regierungsersatz verstehen und die lokale Bevölkerung mit jenen öffentlichen Gütern versorgen, die diese braucht. Stattdessen müssen sie sowohl mit der Gesellschaft als auch mit der Regierung weitreichende Beziehungen pflegen. Sie müssen die verschiedenen Stakeholder kennen, einschätzen können, wer sie eher unterstützen und wer sie eher ablehnen wird – und Strategien entwickeln, um mit jeder Anspruchsgruppe umgehen zu können. Kurz: Unternehmen brauchen eine Haltung.

1. Einen eigenen aussenpolitischen Standpunkt entwickeln

Selbstverständlich kann es Vorteile mit sich bringen, im Schatten der Heimatregierung zu segeln. Der italienische Baukonzern Trevi, dies nur ein Beispiel, gewann 2016 den Auftrag, den stark beschädigten Mossul-Damm im Irak wieder instand zu stellen – wenige Monate nachdem der italienische Premierminister

Weiter auf Seite 72. ›

Nachgefragt: Schengen, Cybersicherheit, Neutralität

Die grossen geopolitischen Herausforderungen Europas und der Schweiz.

Michael Wiederstein trifft John Chipman

Herr Chipman, vor welchen grossen geopolitischen Herausforderungen steht Europa heute?

Der Schengenraum wird in den nächsten ein bis zwei Jahren unter grossen Druck geraten. Ihn aufrechtzuerhalten wird die grösste Herausforderung sein, selbst wenn die engere Kooperation bei der Grenzsicherung und bei den Marineeinheiten im Mittelmeer etwas von diesem Druck wegnimmt. Der Rückzug des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wird die Debatte über die EU-Verteidigung noch verstärken. Aber immerhin wird es dann von Seiten des Vereinigten Königreichs keine Einwände mehr geben gegen eine stärkere europäische Verteidigungsidentität.

Welche Rolle werden in diesem Kontext die Nato und die USA spielen?

Wir wissen noch nicht, ob es der Trump-Administration gelingt, einen Modus vivendi mit Russland zu entwickeln. Solange unklar ist, wie sich die amerikanisch-russischen Beziehungen tatsächlich entwickeln, wächst in Europa ein natürliches strategisches Unbehagen. In Europa wird man deshalb nicht umhinkommen, besser verstehen zu lernen, wie Russland heute denkt. Es müssen Strategien entwickelt werden, um mit den neuen Herausforderungen für die europäische Sicherheit und Integrität umzugehen, die von Russland ausgehen.

Konkret?

Wir beobachten momentan, dass Russland versucht, seine eigene Machtposition zu stärken. Die Annexion der Krim war eine solche Demonstration, aber auch die Cyberattacken und geheimdienstliche Versuche, Einfluss jenseits des eigenen Territoriums auszuüben. Dagegen muss man sich wappnen – und das tut man nicht, indem man sich als Europäer ausschliesslich auf die USA verlässt. Jedes Land muss selbst tätig werden.

Donald Trump hat Wahlkampf damit gemacht, dass die europäischen Länder künftig mehr für ihre Sicherheit werden bezahlen müssen.

Die Debatte über die Lastenteilung zwischen den USA und den europäischen Mitgliedstaaten ist schon seit mindestens dreissig Jahren ein Thema in der Nato. Noch nie gab es einen US-Präsidenten oder einen US-Verteidigungsminister, der nicht glaubte, die Europäer sollten mehr zahlen. Trump hat diese historische Klage lediglich dramatisiert. Sein Verteidigungsminister James Mattis hat jedoch an verschiedenen Anlässen – erst kürzlich anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz wieder – bekräftigt, dass das Nato-Engagement der USA unanfechtbar sei, inklusive Artikel 5 des Abkommens. Aber ja: der Druck auf die europäischen Staaten, mehr für ihre Verteidigung zu tun, wird wachsen.

Damit sind dann vor allem Länder wie Frankreich und Deutschland angesprochen.

Ja. Deutschland ist in einer besonders schwierigen Lage, weil es ein relativ hohes Verteidigungsbudget hat, der Anteil am BIP – 1,1 Prozent in 2016 – aber vergleichsweise niedrig ist. Deutschland hat vor einigen Jahren auf dem Nato-Gipfel in Cardiff die Verpflichtung unterschrieben, dass dieses Budget auf 2 Prozent aufgestockt werden soll. Damit würde Deutschland ungefähr 30 Milliarden Euro pro Jahr mehr ausgeben – was Hoffnungen weckt, innerhalb dieser Frist aber unmöglich zu realisieren ist. Die Vereinigten Staaten werden diese Entwicklung aufmerksam verfolgen, vor allem nach den Wahlen im September dieses Jahres.

Wie gelingt es, die europäischen Anstrengungen mit jenen der Nato zu koordinieren?

Man war schon immer darauf bedacht, eine Doppelarbeit zu vermeiden. Zu hoffen ist, dass kostengünstige *command arrangements* getroffen werden können, die den Europäern militärische Operationen unter europäischem Namen und ohne Nato-Referenz durchzuführen erlauben.

In Europa haben bisher aber nur das Vereinigte Königreich und Frankreich ausreichende Fähigkeiten, ihre Kräfte im Ausland einzusetzen. Deutschland ist aus historischen Gründen zu Recht zurückhaltend.

Deutschland war in Afghanistan involviert und hat Einsätze auch in anderen Gebieten unterstützt. Das ist wertvoll, auch im Hinblick auf die erhöhte Instabilität in Nordafrika und im Nahen Osten. Die Aneignung dieser Fähigkeiten wird auch für Deutschland in den nächsten Jahren enorm wichtig sein.

Wer gewinnt die deutschen Wahlen im September?

Meine Vermutung ist, dass Angela Merkel auch die nächste Regierung bilden wird. Sie bleibt eine wesentliche politische Führungskraft in Europa und der Welt, denn nur sie hat in

Deutschland gegenwärtig den globalen Status, der von einer Mehrheit unterstützt wird. Eine interessante Position für die Deutschen, denn es ist eigentlich die Position, in der sich normalerweise nur die Amerikaner wiederfinden: Die meisten Amerikaner haben zwar keinen Reisepass und denken nicht international, aber dennoch herrscht ein Bewusstsein dafür, dass die gewählte Person nicht nur national eine wichtige Führungsperson ist, sondern für die ganze westliche Welt. In Europa nehmen wir deshalb alle an jeder amerikanischen Wahl Anteil, obwohl wir gar nicht mitwählen – wir haben ein eigenes Interesse daran, wer Präsident der Vereinigten Staaten wird. Jetzt haben Europäer und sogar Nordamerikaner ein eigenes Interesse daran, wer Kanzlerin Deutschlands ist.

Unter den Wählern herrscht, in Europa wie in den USA, eine neue, fundamentale Ungewissheit, was Globalisierung, Freihandel und Migration angeht. Es feiern Parteien Erfolge, die in Wirtschaftsfragen protektionistisch oder nationalistisch agieren und in Gesellschaftsfragen reaktionär. Man denke an Ungarn oder Polen.

Die Unterstützung von populistischen Politikern, die sich explizit antiliberal gebärden, hat tatsächlich zugenommen. Es ist eine Art Schocktherapie für konventionelle politische Parteien, die sich in den letzten Jahrzehnten von den Sorgen vieler Bürger entfernt haben. Ich glaube jedoch nicht, dass sich dieser Trend fortsetzt. In Europa wird der Brexit den Reformdruck auf die Europäische Union erhöhen. Die Art und Weise, wie die EU bislang mit der öffentlichen Meinung in allen Gliedstaaten umgegangen ist, wird sich fundamental verändern. Sie wird sich wieder vermehrt an den Anliegen der gewöhnlichen Bürger orientieren, was auch die Staatsoberhäupter aller EU-Länder in die Pflicht nimmt.

Das bedeutet aber dem Vernehmen nach wenig Gutes für den freien Handel.

Vorerst scheint es so, dass freier Markt und Freihandel einen Schritt zurücktreten. Die Vereinigten Staaten erzielten bereits ein Eigentor, als sie sich aus der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) zurückzogen. Diese Vereinbarung hätte eine beträchtliche Zahl von asiatischen und vor allem südostasiatischen Ländern auf die bisherige geoökonomische Bahn der USA gebracht. Der Rückzug gibt nun China freiere Hand, um ökonomische Bande mit Ländern anderer Regionen zu entwickeln, die nicht mit dem liberalen Handelssystem übereinstimmen, das die Vereinigten Staaten traditionellerweise verfechten. Zum Beispiel mit dem indischen Bundesstaat Assam.

Wenden wir uns der Schweiz zu, die ja keine klassische Aussenpolitik betreibt und geopolitisch wie wirtschaftlich vor allem auf geschickte Kooperation angewiesen ist. Welche Rolle kann sie angesichts der kommenden Herausforderungen spielen?

In Europa befinden wir uns momentan in der Situation, dass aufgrund von Migrationsbewegungen die Innenpolitik eines anderen Landes zum Teil der eigenen Innenpolitik wird. In Deutschland wurde jüngst etwa darüber diskutiert, ob es für dort lebende Türken erlaubt sein soll, für die Todesstrafe zu stimmen. Eine öffentliche Debatte gab es darüber auch in der Schweiz. Ein solch klarer, eigentlich innenpolitischer Positionsbezug wie in Deutschland kann die Aussenbeziehung des Landes mit der Türkei beeinträchtigen. Die Türkei sieht mittlerweile schon die Erlaubnis einer prokurdischen Demonstration in der Schweiz als Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Türkei an! Was Innenpolitik war, kann nun gleichzeitig Aussenpolitik bedeuten. Es ist also auch und vor allem für die Schweiz, mit ihrer gepflegten Neutralität, im Blick zu behalten, wie man die Prinzipien der freien Meinungsäusserung aufrechterhält und zugleich Kohärenz in der Aussenbeziehung sichert.

Was ist Ihr Rat für die Schweiz für die nächsten fünf Jahre: was sollte sie in der Beziehung zur EU vermeiden?

Generell sollte sie mehr von dem tun, was sie die letzten zwei Jahrzehnte ausgezeichnet hat: institutionell unabhängig bleiben, offen sein, sich dem Wettbewerb stellen. Es ergeben sich aber auch neue Herausforderungen: Erstens kann die Schweiz nicht länger von den Friedensdividenden des beendeten Kalten Krieges profitieren. Sie muss in ihre Streitkräfte investieren und sie vor allem modernisieren. Dazu gehört primär der Aufbau einer eigenen Cyberabwehr, um sicherzustellen, dass sie gegenüber Angriffen anderer Länder oder organisierter krimineller Gruppen weniger anfällig ist. Zweitens wird die Schweiz die Brexit-Diskussionen aufmerksam verfolgen müssen: Es besteht die Möglichkeit, dass eine «EU+1»-Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich dabei herauskommt. Damit wären wohl auch neue Möglichkeiten für die Schweiz geschaffen, sich zu beiderseitigem Vorteil an flexiblere EU-Regelungen anzudocken, ohne Mitglied zu sein.

Und die Schweizer Wirtschaft?

Die Schweiz muss geschäftstüchtig bleiben. Dazu sollten sich mehr Schweizer Unternehmen international aufstellen, was bedeutet, dass sie mehr Wert auf das Verständnis von Geopolitik legen müssen als bis anhin. Schweizer Unternehmen waren bisher recht gut darin, für sich selbst eine Marke zu schaffen, die nicht einzig mit dem Schweizer Staat verknüpft ist. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieser Trend bei grossen Marken, etwa für Pharmaunternehmen, für Nestlé und für viele andere ausbezahlt. Kleinere Unternehmen setzen vielfach einfach auf «Swissness», verkennen dabei aber, dass sie damit gar keine eigene qualitative Markenbotschaft haben, die sie international hervorhebt. Viele Unternehmer glauben bis heute, sie müssten apolitisch und neutral sein, um international operieren zu können. Unternehmen sind aber heute viel wichtigere Akteure als früher. Sie werden sich künftig im Wettbewerb mit anderen diplomatischen Kräften messen müssen. ❮

«Grosse Unternehmen sind oft besser unterwegs, wenn sie eine eigene aussenpolitische Haltung einnehmen und einen eigenen Charakter entwickeln.»

John Chipman

Matteo Renzi angekündigt hatte, 450 Soldaten zur Verteidigung des Damms gegen den IS vor Ort zu entsenden. Das 2011 von der britischen Regierung beschlossene Impulsprogramm «UK Prosperity Agenda» ruft die eigenen Botschaften und Vertretungen im Ausland dazu auf, britische Firmen in ihren internationalen Absichten zu unterstützen. Japan unterstützt seine Firmen wirtschaftlich bei Businessopportunitäten ausserhalb des Heimmarkts. Trotzdem geraten Unternehmen, die sich zu sehr an ihre Heimregierung anlehnen, oft in Schwierigkeiten. Es ist nicht sicher, ob Monsanto tatsächlich viel damit gewann, dass die US-Regierung für sie bei europäischen Konsumenten intensiv für eine grössere Akzeptanz gentechnologisch veränderter Lebensmittel lobbyierte. Staatsfonds versuchen seit fast einem Jahrzehnt, Regierungen und Bürger davon zu überzeugen, dass sie ihre Entscheidungen unabhängig von den aussenpolitischen Launen ihrer Heimregierungen treffen dürfen.

Grosse Unternehmen sind oft besser unterwegs, wenn sie eine eigene aussenpolitische Haltung einnehmen und einen eigenen Charakter entwickeln. Die chinesische Telekomfirma Huawei beispielsweise hatte wegen der Beziehungen ihres Gründers Ren Zhengfei zur Volksbefreiungsarmee Schwierigkeiten beim Markteintritt in den USA. Die Amerikaner befürchteten, Huaweis Telekommunikationssysteme könnten dazu genutzt werden, Daten an den chinesischen Sicherheitsapparat weiterzugeben. Huawei verschob seinen Fokus in der Folge auf Bundesstaatsebene. Inzwischen hat es erfolgreich Verträge mit kleineren Mobilfunkanbietern in ländlichen Gebieten abgeschlossen, unter anderem mit der Firma SpeedConnect. Die Firma unternimmt einiges, um ihre Unabhängigkeit von der chinesischen Regierung unter Beweis zu stellen. In einem seiner seltenen Interviews bestätigte Ren die Existenz dieser Befürchtungen und gab an, das Ziel seines Unternehmens sei es, dass «die Leute Huawei als eine europäische Firma wahrnehmen» – ein eindeutiges, wenn auch exzentrisches Bekenntnis dazu, dass sich Unternehmen manchmal von der Aussenpolitik ihres Heimatlandes distanzieren müssen.

2. Eine möglichst transnationale Ausstrahlung entwickeln

Je grösser ein multinationales Unternehmen wird, desto wichtiger ist es, eine transnationale Ausstrahlung zu entwickeln. Eine Firma oder Investorengruppe, die klar an ein Land gebunden ist, riskiert es, in politische Dispute verwickelt zu werden. So wurde die französische Supermarktkette Carrefour 2008 nach protibetischen Demonstrationen in Paris auf dem chinesischen Markt boykottiert. Das Geschäft litt, bis Carrefour – mit der Hilfe der chinesischen Regierung – eine Kampagne fuhr, die seine Internationalität herausstrich und betonte, dass die meisten Angestellten des Konzerns in China eben Chinesen seien. Inzwischen wird Carrefour nicht mehr als französischer, sondern als transnationaler, globalisierter Akteur im Detailhandel wahrgenommen.

Zu diesem Grundsatz sind noch zwei wichtige Nachbemerkungen anzubringen. Erstens der Hinweis, dass es in manchen Situationen für Unternehmen vor allem hilfreich sein kann zu sa-

gen, was sie *nicht* sind. Japanische Unternehmen etwa haben sich in Afrika und Lateinamerika teilweise dadurch etablieren können, dass sie sich deutlich von chinesischen Firmen distanzierten, die inzwischen auf beiden Kontinenten in manchen Gegenden als Ausbeuter gelten. Zweitens sollten Unternehmen nicht so staatenlos werden, dass sie sich zu keinerlei Steuerzahlungen mehr verpflichtet sehen. Das Versäumnis, anständig Steuern auf Gewinne zu bezahlen, kann im Gegenteil selber als Verstoss gegen gute Aussenpolitik gesehen werden: Es kann der Reputation einer Firma schaden und zu heftigen Reaktionen seitens der Politik führen – wie etwa der jüngste juristische Backlash gegen amerikanische Unternehmen zeigte, die ihre Steuerdomizile ins Ausland zu verlegen versuchten.

3. Politische Beziehungen diversifizieren

Unternehmen sollten sich auf alle Akteure einlassen, statt sich nur um gute Regierungskontakte einerseits oder die Akzeptanz in der Zivilgesellschaft andererseits zu bemühen. Es gilt die dynamische Beziehung zwischen Regierung, Businesselite, Oligarchenkaste und Zivilbevölkerung anzuerkennen. In vielen von fragiler Innenpolitik geprägten Wachstumsmärkten muss das Gleichgewicht der Mächte in Wirtschaft und Politik ständig beobachtet werden. Sollte es sich verschieben, müssen Unternehmen rasch reagieren können.

Die Erfahrungen der spanischen Ölfirma Repsol in Argentinien können als Warnung dienen, wie verletzlich Unternehmen bei zu engen Kontakten zu nur einem bestimmten Stakeholder werden können: Repsol, in Argentinien bekannt als YPF, sah sich vor Ort durch die Tatsache beruhigt, dass ein enger Vertrauter des damaligen Präsidenten Nestor Kirchner beachtliche Anteile an der Lokalgesellschaft hielt und sogar im Verwaltungsrat sass. Doch als Kirchners Ehefrau Cristina Kirchner ihm im Präsidentenamt nachfolgte und YPF verstaatlichte, konnte Repsols wichtigster Gewährsmann nichts dagegen tun. Repsol hätte die Verstaatlichung – die Argentinien übrigens wohl mehr schadete als der Ölfirma – wohl nicht verhindern können. Dennoch macht ihre Geschichte deutlich, dass ein enges Verhältnis zu einem Regime alleine gegen geopolitische Risiken nicht wappnen kann.

Die beste Versicherung gegen politische Risiken bleibt eine ganze Reihe von weitgehenden und tiefgreifenden Beziehungen, die die inoffizielle Lizenz eines Unternehmens zur Businesstätigkeit vor Ort schützen und stützen.

4. Sich nicht selber sabotieren

Im Oktober 2015 kassierte der südafrikanische Mobilfunkanbieter MTN in Nigeria eine Busse von 5,2 Milliarden Dollar. MTN hatte es versäumt, seine Dienste an 5 Millionen Abonnenten einzustellen, die beim Kauf ihrer SIM-Karten ihre Adressen nicht registriert hatten. Die nigerianische Regierung hatte diese Registrierung als Sicherheitsmassnahme gegen Widerstandsgruppen wie Boko Haram für verbindlich erklärt. Ein regelmässiger Beobachter nigerianischer Politik – erst recht ein Grossinvestor – hätte erkennen können, dass der Kampf gegen Boko Haram zu den nationalen Topprioritäten gehört. Zusätzlich hätte sich MTN der Rivalität zwischen seiner Heimat und Nigeria – den beiden ökonomischen Schwergewichten des Kontinents – bewusst sein müssen und den nigerianischen Behörden mit der entsprechenden diplomatischen Intelligenz und Sensibilität begegnen sollen.

Politische Risiken entstehen also nicht nur, wenn ein Unternehmen zur falschen Zeit am falschen Ort ist. Manchmal schaffen Firmen sie durch eigene Unzulänglichkeiten selbst. Wer langjährige Partner für selbstverständlich hält oder ohne Rücksicht auf lokale Gegebenheiten den Shareholder Value vorantreibt, muss damit rechnen, dass sich das rächt. Unternehmen brauchen ein aufrichtiges Verständnis der politischen und diplomatischen Interessenlage in den Ländern, in denen sie investieren. Nur so können sie agil und leichtfüssig auf politische Veränderungen eingehen.

Ein weiteres anschauliches Beispiel sind die Schwierigkeiten des Bergbauriesen Anglo-American 2012 in Chile. Die dortige staatliche Bergbaufirma Codelco machte geltend, Anglo ignoriere ihre Bemühungen, eine bestehende Option zum Kauf von Unternehmensanteilen einzulösen, und verhandle stattdessen mit Mitsubishi über eine Beteiligung von 24,5 Prozent für 5,4 Milliarden Dollar. Anglo stellte sich auf den Standpunkt, es sei sein gutes Recht, einen besseren Deal für seine Aktionäre auszuhandeln, und warf Codelco seinerseits Bullying vor. Was folgte, war ein für beide Seiten extrem teurer Schlagabtausch, der schliesslich damit endete, dass Anglo Codelco eine 30-Prozent-Beteiligung zu Schleuderpreisen überliess. Anglo verteidigte sich wohl mit dem Argument, dass es im besten Interesse seiner Aktionäre handeln müsse, und die Schlusseinigung liess alle Seiten ihr Gesicht wahren. Dennoch hätte Anglo wissen müssen, dass es einen solchen Konflikt in einem fremden Markt gegen eine Firma in Staatseigentum kaum würde gewinnen können – und den Schlagabtausch hätte es viel schneller beenden sollen.

Ganz zum Schluss noch dies: geopolitische Volatilität unterscheidet sich nicht von anderen Arten der Volatilität. Ein Unternehmen, das entsprechende Prüfprozesse bereits implementiert hat und eine durchdachte Unternehmensaussenpolitik pflegt, sollte sich in diesen herausfordernden Zeiten zurechtfinden können. Das wissen auch Investoren. Bei der Beurteilung eines Unternehmens orientieren sie sich weiterhin an den traditionellen Indikatoren unternehmerischer Fitness. Das aussenpolitische Know-how einer Firma und die damit verbundene höhere Resilienz angesichts geopolitischer Krisen jedoch spielen eine zunehmend bedeutendere Rolle. ❮

Aus dem Englischen übersetzt von Olivia Kühni.
Der hier erstmals auf Deutsch vorliegende Text ist eine für den «Schweizer Monat» leicht gekürzte Version eines Essays, welcher in der «Harvard Business Review» erschienen ist (September 2016).
© 2017 Harvard Business School Publishing Corp.

5

«Die Menschen sind **nicht so frei,** wie sie glauben»

Die grosse Stärke Europas ist die Vielfalt. Bloss: was fängt der Kontinent damit an?

Olivia Kühni trifft Michael Schindhelm

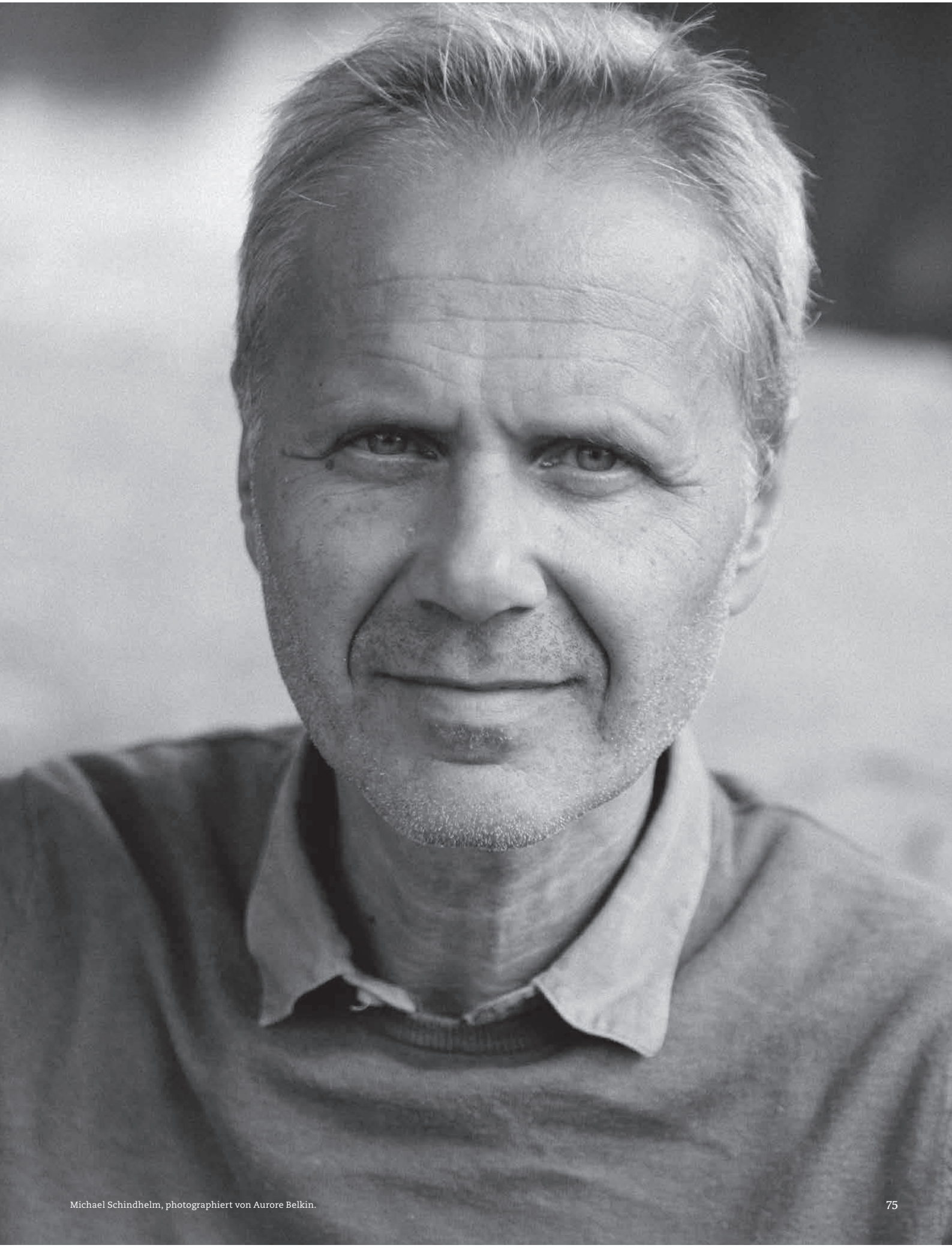
An manchen Tagen scheint es, als wären dunkle Geister der Vergangenheit zurückgekehrt: Nach drei Jahrzehnten mit immer mehr Freiheit, Wohlstand und Unordnung – nach drei Jahrzehnten der Ökonomie – geht es in der westlichen Welt plötzlich wieder um Themen, die man längst vergessen glaubte: um den Stolz von Patriarchen, um Religion, Angst. Es sind Geister, die sich mit rationalen und wissenschaftlichen Mitteln alleine nicht verstehen lassen. Dazu braucht es die Kunst.
Es gibt wenige, die in diesem Kontext geeigneter für ein Gespräch über die neuen Unsicherheiten in der globalisierten Welt wären als Michael Schindhelm. Der Autor, Künstler und Forscher arbeitet als Kulturberater rund um den Globus, kennt Singapur, China und Hongkong. In Dubai versuchte er, im Auftrag des Scheichs eine Oper zu bauen. Wenn jemand weiss, was die weiterhin verschiedenen, aber immer enger verzahnten Kulturräume verbindet und trennt, dann er.
Wir treffen uns im Café eines kleinen Hotels in der Nähe des Zürcher Hauptbahnhofs. Es ist die Adresse, an der Schindhelm wohnt, wenn er in der Deutschschweiz zu tun hat.

Herr Schindhelm, in den USA und in der EU herrschen politische Unruhe und teilweise wirtschaftliche Krisen, Länder wie China, Russland oder die Türkei testen ihre Macht. Ist die Zeit westlicher Vorherrschaft zu Ende?
Man kann das so sehen. Insbesondere was die Wirtschaft betrifft, gibt es Zeichen des Zerfalls. Es gibt ganze Industrie- und Beschäftigungszweige, die weggefallen sind, und es ist nicht klar, was an ihre Stelle treten wird. Es gibt Grund, sich um die Integrität der Gesellschaft zu sorgen. Trotzdem würde ich es so nicht ausdrücken.

Warum?
Die Vorstellung von einem klar definierten Aufstieg und Fall von Imperien ist zu vereinfacht. Das zeigt die Geschichte des Römischen Reichs, die ja immer gerne als Beispiel angeführt wird. Rom ist nicht einfach untergegangen. Es hat eine Teilung gegeben, aber gleichzeitig ist es beispielsweise aus heutiger Perspektive dieser Teilung zu verdanken, dass sich das Christentum entwickeln und ausbreiten konnte. Rom hat auf vielfache Weise gewirkt und tut das teilweise immer noch. Europa sollte sich nicht als untergehendes Imperium verstehen, sondern sich auf seine Stärken besinnen und akzeptieren, dass es in anderen Bereichen abgelöst wird.

Michael Schindhelm
ist Autor, Filmemacher und international tätiger Kulturforscher. Er war von 1996 bis 2006 Direktor und Intendant des Theaters Basel, danach Generaldirektor der Stiftung Oper in Berlin und Kulturdirektor der Dubai Culture and Arts Authority. Er leitet Forschungsprojekte zu globaler Kultur an der Zürcher Hochschule der Künste ZHdK.

Olivia Kühni
ist stellvertretende Chefredaktorin dieser Zeitschrift.



Michael Schindhelm, photographiert von Aurore Belkin.

Was sind denn diese Stärken?
Europa und die USA sind unglaublich stark in dem, was ich Softpower nennen würde: Wissenschaft, Technik, Kunst. Es gibt auf der ganzen Welt kein Powerhaus wie Europa oder das Silicon Valley, wo Menschen in ähnlicher Intensität und mit ähnlichem Erfolg kreative Arbeit leisten. Es wird noch eine ganze Weile dauern, bis das woanders geschieht, und ich bin nicht sicher, ob die Zentren der Zukunft in diesem Bereich überhaupt je woanders sein werden.

Das überrascht mich. Ich nehme gerade Asien oder Teile des Nahen Ostens als viel dynamischer wahr.
Ich habe mich aufgrund meiner Arbeit viel mit der Frage befasst, welche Voraussetzungen es braucht, damit Kreativität überhaupt gedeihen kann. Europa hat einen enormen Vorteil, dessen sich viele Menschen überhaupt nicht mehr bewusst sind: seine einzigartige Diversität. Seit dem 13. Jahrhundert gibt es auf diesem Kontinent dank des Mittelmeers einen übernationalen Austausch, der seinesgleichen sucht. Das ist ein geographischer Vorteil, den andere Regionen nicht hatten, und er hat Europa eine beispiellose Entwicklung in der Wissenschaft beschert.

Es gab doch auch die Seidenstrasse, das Persische Reich oder das afrikanische Ashanti, um nur einige zu nennen. Die haben Handel betrieben, als die Europäer noch in Hütten hausten.
Natürlich. In Ostafrika haben Archäologen Porzellan aus Japan gefunden, das dort vor Jahrtausenden abgelagert worden ist. Der Indische Ozean war sehr früh ein Begegnungsort von Kulturen, weil man dort dank dem Monsun verlässlich hin- und zurückreisen konnte. Trotzdem war es irgendwann vorbei damit. In Europa konnten und mussten sich all diese Kulturen auf kleinstem Raum austauschen. Das hat uns extrem brutale und vielfältige Kriege beschert, aber eben auch das Gegenteil davon. Seit Europa das Zeitalter der Kriege hinter sich gelassen hat, ist diese Diversität unsere grosse Stärke.

Das ist doch der wirklich wichtige Punkt: Teilhabe. Diversität alleine reicht nicht aus. Es braucht den Entscheid, die vielen verschiedenen Menschen auch mitreden zu lassen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe oder sozialer Herkunft.
Genau. Inklusivität. Und die ist bedroht, wenn wir uns jetzt um unsere Sicherheit sorgen. Ich zitiere da immer gerne Benjamin Franklin, der sinngemäss sagte, wer seine Freiheit für ein wenig mehr Sicherheit verkaufe, der verdiene keines von beidem. Den wirtschaftlichen Zerfall an sich können wir vermutlich bewältigen. Wenn die Unsicherheit aber so bedrohlich dargestellt wird, dass die Leute in grosser Zahl jemanden suchen, der ihnen Sicherheit verspricht, dann sind wir wieder Ende der 1920er Jahre angekommen. Man darf das nicht vergessen: Europa hatte ziemlich viel Freiheit und Demokratie, und dann wurde Adolf Hitler gewählt.

Lassen Sie uns an dieser Stelle über Kontrolle sprechen. Wir werden immer reicher und freier, gleichzeitig nimmt das Bedürfnis nach Kontrolle zu. Warum?
Ich würde eher von einer allgemeinen Verrechtlichung sprechen, die schon Kafka zum Thema gemacht hat. Seit der Moderne schränkt die Gesellschaft die Freiheit des einzelnen auf verschiedenen Gebieten immer mehr ein. Der Verkehr ist ein gutes Beispiel dafür: vor dreissig Jahren konnte man viel freier Auto fahren als heute. Es gab weniger Autos, weniger Regeln, weniger Kontrollen, weniger Bussen. Das ist allerdings zu weiten Teilen ein freiwilliger Prozess der Menschen, nicht das Wirken einer bösen Macht.

Das ist so. Die Leute verlangen von sich aus nach mehr Regeln.
Man schränkt die Freiheit des einzelnen ein, damit die Gesellschaft überhaupt funktionieren kann. Das ist auch nicht völlig falsch. In den 1950ern gab es in den USA tatsächlich eine unglaubliche Menge an Verkehrstoten, weil die Autos und Strassen schlecht gebaut und die Leute nicht ausgebildet und fahrlässig waren. Freiheit kann tödlich sein. Das wurde teilweise ja auch zelebriert. James Dean ist eine typische Ikone jener Zeit: Freiheit bedeutet, zu sterben bereit zu sein.

Inwiefern ist das ein Geschlechterthema?
Oh, das ist es unbedingt. Das ist eine sehr männliche Vorstellung von Freiheit, ein sehr männliches Narrativ.

Man muss darauf nicht zwingend mit Gesetzen reagieren. Es gibt auch andere Vorstellungen von Freiheit, die mehr umfassen als die Träume überbehüteter Teenager. Die gehören dazu, aber sie sind nicht alles.
Absolut, und Frauen leisten da einen wichtigen Beitrag. Die Gesellschaft ist femininer geworden. Ich sehe das übrigens mit grosser Genugtuung. Ich bin überzeugt, dass viele Bereiche der Gesellschaft besser funktionieren, wenn Frauen mitarbeiten.

Die Frage ist, ob man das zulässt. Die politischen Aufstände, die wir an manchen Orten sehen, haben durchaus mit diesem Thema zu tun: man wünscht sich wieder starke Heldenfiguren.
Dieses Denken ist immer noch stark verankert. Wenn ich zu Veranstaltungen über Leadership eingeladen werde, geht es da nach wie vor ausschliesslich um die herausragende Leistung von Individuen. Ein Grossteil der menschlichen Probleme lässt sich aber nicht durch Einzelleistungen lösen, sondern nur im Kollektiv. Wir haben vorhin über die Stärken des Westens gesprochen. Hier sehe ich einen Punkt, in dem wir von anderen Gesellschaften lernen können.

Gelingt das asiatischen Kulturen besser?
Das ist eine meiner Erkenntnisse. Das ist eine Welt, die im Fundament anders funktioniert, weil sie nicht auf dem Individualismus beruht, sondern auf einer bestimmten Form kollektiver Entwicklung.

«Europa und die USA sind unglaublich stark in dem, was ich Softpower nennen würde: Wissenschaft, Technik, Kunst.»

Michael Schindhelm

Die Bürger zahlen einen hohen Preis dafür.
Sicher. Die Freiheit des einzelnen, nicht zuletzt die Meinungsfreiheit, ist enorm eingeschränkt. Ich halte das Modell in der jetzigen Form keineswegs für eine Alternative. Vielleicht liessen sich aber fundamentale Werte des Westens ergänzen mit bestimmten loyalen und ethischen Vorstellungen, wie sie in Asien entwickelt worden sind. Das könnte ein Weg sein.

Meine nichteuropäischen Verwandten werfen mir jeweils vor, wir Europäer würden ständig nur von unseren individuellen Rechten reden und davon, was uns zusteht. Zufrieden seien wir oft trotzdem nicht, sondern immer gehetzt. Das hat was.
Die Menschen sind nicht so frei, wie sie das glauben. Auch das hat Kafka beschrieben. In «Vor dem Gesetz» sitzt jemand im Gefängnis, die Tür hinter ihm ist offen, und die Gitterstäbe stehen so weit auseinander, dass er eigentlich raus könnte. Trotzdem bleibt er sitzen. Das scheint mir ein sehr gutes Bild für das Individuum in der Moderne. Hinzu kommt in den letzten Jahren wieder eine wachsende wirtschaftliche Ungleichheit, insbesondere in den USA und Grossbritannien. Das gefährdet die Stärke des Westens, von der wir gesprochen hatten, die Inklusivität.

Geht es also im Kern darum: um Geld?
Es geht auch um Geld, ja. Diese Kreativität der vielen ist nur möglich, wenn es einen gewissen Ausgleich gibt, sei es vom Staat oder von privaten Philanthropen. Wenn jeder nur den eigenen kurzfristigen Return sucht, kann nichts Tragfähiges entstehen. Nichts, das über die privaten Interessen des einzelnen hinausgeht. Das gilt für Kunst und Kreativität genauso wie für einen Staudamm oder eine Autobahn.

Schindhelm erwähnt es in diesem Gespräch nicht – aber der Gedanke an Dubai schwingt mit. 2009 reiste er aus dem Emirat ab, nach zwei zähen Jahren als Kulturberater der Regierung. Er habe aufgehört, «weil die Kultur als Marketinginstrument der Immobilienindustrie eingesetzt wurde», sagte Schindhelm später dem «Spiegel». «Die Oper, die Museen, die Theater – das ganze Kulturprojekt (…) sollte letztlich dabei helfen, ein riesiges Bauprojekt zu finanzieren.» Kultur in Dubai komme nicht zustande, bilanzierte er, weil man sie nur kommerziell auffasse. Geblieben sind aus der Zeit zwei Bücher, «Dubai Speed» und «Dubai High». Und Erkenntnisse, die auch dieses Gespräch mitprägen.

Sie haben letztes Jahr «Happy Tropics» veröffentlicht, ein Buch über Singapur, vor kurzem einen Roman, der in Berlin spielt. Daneben arbeiten Sie an zwei Projekten, die die Schweiz betreffen. Worum geht es?
Eines davon betrifft Zürich und die Reformation. Ich thematisiere mit einer Installation im öffentlichen Raum, wie stark die protestantische Ethik über die Jahrhunderte das moderne kapitalistische Denken beeinflusst hat. Das zweite ist ein Filmprojekt. Ich lebe seit über 20 Jahren im Tessin, seit elf Jahren als Hauptwohnsitz. Trotzdem habe ich dort noch nie gearbeitet. Es gibt im Tessin eine hermetische Wand zwischen dem Aussenstehenden und der Landschaft, die irgendwie unberührbar bleibt. Das ist gerade das, was die Magie ausmacht. Das möchte ich nun zum ersten Mal durchdringen und diese Unberührbarkeit in Frage stellen. Es wird ein Film, der sich um die berühmten Immigranten des 20. Jahrhunderts dreht, die dort alle begraben sind.

Davon gibt es einige.
Elefanten haben ja angeblich einen Ort, an den sie gehen, um zu sterben – vielleicht ist das Tessin ein solcher Ort. Die Friedhöfe können gelesen werden wie Bibliotheken zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Menschen sind aus den verschiedensten Ländern ins Tessin gelangt, um dort zu sterben. Manchmal haben sie auch ziemlich lange dazu gebraucht, man weiss ja nie, wie lange so ein letztes Kapitel dauert. Es gibt Leute wie Stefan George, die nur vierzehn Tage dort leben und dann sterben, und dann gibt es Hermann Hesse, der vierzig Jahre blieb. Der Film wird aber nicht nur ein nostalgischer Rückblick, sondern schaut auch auf das heutige Tessin. Ich lebe hundert Meter von der Grenze entfernt. Da begegnet man Migrationsgeschichten, die ganz anders sind als jene des 20. Jahrhunderts, und doch haben sie etwas gemeinsam. Darum geht es. ❮

6

Durch die Finsternis in eine hellere Zukunft

Herausforderungen der Menschheit: Die nächsten 100 Jahre

von Angus Deaton

Als John Maynard Keynes seinen berühmten Essay «Economic Possibilities for Our Grandchildren» schrieb, waren die Zeiten hart und die Zukunftsaussichten düster. Deshalb warnte er seine Leser, die nahe Zukunft nicht mit der fernen Zukunft zu verwechseln, und versicherte ihnen, die langfristigen Rahmenbedingungen immerhin seien solide: Der technische Fortschritt, der die Menschheit so weit gebracht habe, würde sie zweifellos noch viel weiter bringen. Schon Keynes befürchtete allerdings, es könnten Umstände eintreten, die den Fortschritt zum Scheitern brächten, und er machte seine Vorhersagen unter dem Vorbehalt, dass es keine «grösseren Kriege und kein nennenswertes Bevölkerungswachstum» gebe. Nun, der Zweite Weltkrieg und die folgende Bevölkerungsexplosion waren zweifellos derart einschneidende Ereignisse, und trotzdem ist der Lebensstandard heute ungleich höher, ganz wie Keynes es vorhergesagt hat.

Die Zeiten sind auch heute hart. Die Vereinigten Staaten schleppen sich mühsam aus der Grossen Finanzkrise heraus, der schwersten Rezession seit Keynes' Zeiten. Die Zukunft der europäischen Wirtschaft ist alles andere als sicher, und das mögliche Scheitern des Euro könnte eine langfristige Stagnation oder Schlimmeres auslösen. Die chinesische und die indische Wirtschaft wachsen praktisch nicht mehr. Der weltweite Meeresspiegel steigt, und auch wenn die Massnahmen, die zu seiner Eindämmung ergriffen werden müssen, das BIP betroffener Länder kurzzeitig in die Höhe treiben mögen, ändert das nichts an den möglicherweise katastrophalen Folgen der globalen Entwicklung. Vielleicht können wir wie Keynes vorhersagen, dass viele aktuelle Bedrohungen unter dem unermüdlichen Drang der menschlichen Erfindungsgabe, die Lebensverhältnisse zu verbessern, allmählich verschwinden werden. Auf lange Sicht sind wir alle tot. In hundert Jahren werden sogar meine Enkelkinder (mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit) tot sein, aber die Enkelkinder meiner Enkel werden wahrscheinlich reicher und gesünder sein, als wir es uns vorstellen können. Festzuhalten ist aber: unsere gegenwärtigen Bedrohungen sind nicht mehr auf die unmittelbare Zukunft beschränkt. Die meisten kurzfristigen Probleme sind Symptome tieferliegender Prozesse, die wohl nicht so schnell verschwinden werden. Schauen wir also genauer hin.

Angus Deaton
ist Ökonom und Wirtschaftsnobelpreisträger 2015. Er ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Princeton University.
Von ihm zuletzt erschienen: «Der grosse Ausbruch: Von Armut und Wohlstand der Nationen» (Klett-Cotta, 2017).

Es hakt bei Wachstum, Verteilung und Gesundheit

Der weitere Anstieg unseres Lebensstandards ist bedroht. Das Wachstum des BIP pro Kopf in den USA war schon vor der Finanzkrise Jahrzehnt für Jahrzehnt gefallen, und bereits nach dem Wachstumsschub aufgrund des Wiederaufbaus in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg – also lange vor der Eurokrise – sanken die europäischen Wachstumsraten. Viele Wissenschafter beklagen,

Angus Deaton, photographiert von Stephane Lagoutte / Challenges-REA / laif.

der gegenwärtige technische Fortschritt basiere fast zur Gänze auf der Informationstechnologie, während sich andere Aspekte von Produktion und Konsum in den letzten dreissig Jahren kaum verändert hätten und das Internet, E-Mail, Smartphones, iPods und Tablets am Ende doch nicht mehr als faszinierende Spielzeuge seien, die die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt und das Produktivitätswachstum nur geringfügig gesteigert hätten.

Viele von uns sind auch besorgt, dass die enorme Zunahme der Ungleichheit in den letzten 30 Jahren das Wirtschaftswachstum untergraben wird. Warum? Wenn wirtschaftliches Wachstum nicht allen zugute kommt, sondern ein kleiner Teil der Bevölkerung unvorstellbar reich wird, viele andere aber dahinter zurückbleiben, ist die Machtfülle der Reichen eine Bedrohung für den Wohlstand aller. Die Reichsten haben nur wenig Bedarf an öffentlichen Gütern, öffentlicher Gesundheitsversorgung oder öffentlicher Bildung oder auch an manchen grundlegenden Infrastruktureinrichtungen. Das ändert aber nichts daran, dass Bildung und Gesundheit an sich wichtige Aspekte des Wohlergehens sind und eine gut ausgebildete und gesunde Bevölkerung notwendig ist, um jene Innovationen zu schaffen, von denen Wachstum letztlich abhängt. Gleichzeitig haben die Reichsten nicht selten auch Anreize und Mittel, um die schöpferische Zerstörung zu verhindern, die bei jedem neuen Innovationsschub unerlässlich ist. Kurzum: diejenigen, denen es gut geht, werden sich organisieren, um ihren Besitzstand zu schützen – und dies auch in einer Weise, die sie auf Kosten der Mehrheit begünstigt. Etwa, indem sie ihren Einfluss geltend machen, um Sonderregelungen und -gesetze durchzusetzen. Finanzkrisen hat es im Lauf der Geschichte immer wieder gegeben, aber die jüngste Finanzkrise hatte u.a. deshalb verheerendere Folgen als ihre Vorläuferinnen, weil der Finanzsektor schlecht reguliert und mithin zu mächtig wurde.

Die Vereinigten Staaten geben rund 18 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Gesundheitswesen aus, ein Grossteil davon für Verfahren und Apparate, die keinen nennenswerten positiven Einfluss auf die Gesundheit haben. Der technische Fortschritt im Gesundheitswesen wird ebenso durch das angetrieben, wofür der Staat bezahlt, wie durch seine Erfolge bei der Verlängerung der Lebenserwartung. Und je grösser und reicher die Gesundheitsindustrie wird, umso mehr Macht hat sie auch, die Vergütungsregeln zu beeinflussen und die Errichtung einer Behörde zu verhindern, die die Wirtschaftlichkeit neuer Verfahren überprüfen könnte. Ein System, in dem der Staat den grössten Teil der Gesundheitsausgaben bezahlt, während Lobbyisten die Regeln und Preise festsetzen, ist ein System, das es zulässt, dass die wenigen die vielen ausplündern. Übergrosse Finanz- und Gesundheitssektoren sind effektive Selbstbedienungsläden (Rent-Seeking-Maschinen) für ihre Manager, während sie das gesamtgesellschaftliche Wohlergehen verringern. Solche Prozesse bremsen das Wirtschaftswachstum und ihre weite Verbreitung kann eine pessimistische Einschätzung der langfristigen Wachstumsaussichten rechtfertigen.

Die stetige Zunahme der Lebenserwartung, an die wir uns über ein Jahrhundert lang gewöhnt haben, verliert

«Ein System, in dem der Staat den grössten Teil der Gesundheitsausgaben bezahlt, während Lobbyisten die Regeln und Preise festsetzen, ist ein System, das es zulässt, dass die wenigen die vielen ausplündern.»

Angus Deaton

ebenfalls an Schwung. Die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit, die dem ersten Anstieg der Lebenserwartung zugrunde lag, ist in den letzten fünfzig Jahren abgelöst worden durch eine Abnahme der Sterblichkeit in höherem Lebensalter. Die sinkende Sterblichkeit durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen in mittlerem und höherem Lebensalter ist hauptsächlich auf den Rückgang des Tabakkonsums, die Einführung von Medikamenten gegen Bluthochdruck und bessere Behandlungsmöglichkeiten von Herzinfarktpatienten zurückzuführen. Das Potenzial zur Senkung der Sterblichkeit durch bessere Ernährung ist seit langem ausgeschöpft, und wir bewegen uns heute in die andere Richtung, da die zunehmende Häufigkeit von Fettleibigkeit und Diabetes die Abnahme der Sterblichkeit wieder umkehren.

Krebserkrankungen sind die zweithäufigste Todesursache, und der Krieg gegen den Krebs, der schon vor langer Zeit erklärt wurde, ist noch keineswegs gewonnen. Und selbst wenn die Behandlung weitere Fortschritte macht, muss die Krebssterblichkeit nicht bei jungen Menschen, wo sie schon heute sehr niedrig ist, sondern bei älteren Menschen sinken. Während ich (und andere alte Menschen) ein paar weitere Lebensjahre mit meinen Enkelkindern geschenkt bekomme und sogar über die Lebenserwartung meiner Ururenkel in hundert Jahren spekulieren kann, zögern Fortschritte am Lebensende das Unvermeidliche lediglich ein paar Jahre hinaus und erhöhen die Lebenserwartung nicht in nennenswertem Umfang.

Perspektivenwechsel

Dies ist ein düsteres Bild, und man könnte leicht zu der Überzeugung gelangen, dass wenig Hoffnung auf eine weitere Steigerung des Lebensstandards oder der Lebenserwartung besteht. Vielleicht bedrückt Sie dies aber weniger, wenn Sie sich, anders als ich, mit dem Argument abfinden können, dass dem Lebensstandard sowieso ein allzu hoher Stellenwert beigemessen wird. Dass sich das menschliche Wohlbefinden nicht mit dem Wirtschaftswachstum verbessert und dass wir Steigerungen des Wohlbefindens in anderen Bereichen suchen sollten – durch bessere soziale Beziehungen, bessere Gesundheit und mehr Freizeit.

So wie ich sie oben formuliert habe, sind die negativen Trends für unsere Zukunft allerdings überzogen und, in einigen Fällen, falsch. Sie sind sowohl in ihrer Tragweite als auch in ihrem Bedeutungsumfang allzu begrenzt, denn sie beziehen sich nur auf die reichen Länder und blenden aus, wie es den meisten Menschen auf der Erde ergangen ist und wie es ihnen in Zukunft wahrscheinlich ergehen wird. Ich bleibe also vorsichtig optimistisch, denn selbst wenn meine Ururenkel nicht viel wohlhabender sein und nicht viel länger leben mögen als ihre Grosseltern, so sind die Aussichten für Afrikaner, Inder und Chinesen doch um ein *Vielfaches* rosiger. Schon Keynes hatte eine zu begrenzte Perspektive. Er sprach über den materiellen Lebensstandard, nicht aber über Gesundheit und Lebenserwartung. Und auch wir sollten einsehen, dass mit mehr Gesundheit und mehr materiellem Wohlstand das Potenzial für Verbesserungen der Welt unserer Nachfahren (und die Nachkommen anderer) längst nicht erschöpft ist. Wechseln wir also die Perspektive und gewinnen einen neuen Blick auf die skizzierten Problemfelder.

Bessere Aussichten: Wachstum

Während eines Grossteils der 250-jährigen Geschichte des Wirtschaftswachstums wurde der Fortschritt an der Zunahme der Anzahl der produzierten Güter pro Person gemessen. Heute sind Güter oft weniger wichtig als Dienstleistungen, und Qualität ist wichtiger als Quantität. Folglich bemisst sich die Steigerung des künftigen Wohlstands nicht mehr nach Quantitätssteigerungen, sondern nach Qualitäts*verbesserungen.* Die Wirkungen von Dienstleistungen auf den Wohlstand lassen sich zwar nur sehr schwer messen – und es ist fast unmöglich, Qualität zu messen –, ganz allgemein muss aber festgestellt werden, dass das Bruttoinlandsprodukt eine viel ungenauere Messgrösse ist, als seine Verwendung als zentrale Bezugsgrösse im öffentlichen Diskurs erahnen lässt. Das hat mehrere Gründe: Bruttogrössen berücksichtigen nicht die Wertminderung oder die Vernichtung von Kapital. Es gibt konzeptionelle Probleme – nichthandelbaren Dienstleistungen (insbesondere unbezahlter Arbeit zu Hause) wird kein Wert zugeschrieben, ebenso wenig der Freizeit – und ganz praktische Probleme – auf Annahmen basierende Schätzwerte («Zurechnungen» statt Messungen) –, die in fortgeschrittenen Volkswirtschaften eine immer grössere Rolle spielen und doch bis zu einem Drittel die Einkommen der privaten Haushalte betreffen.

Der Output lässt sich bei vielen Dienstleistungen nur schwer quantifizieren, so dass die Statistiker stattdessen Inputs messen. Sie korrigieren die Produktivitätsangaben – innerhalb der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung jedes Landes und zwischen Ländern, wenn sie internationale Vergleiche durchführen –, aber dies sind Zurechnungen mit grossen Fehlermargen. In vielen Fällen, etwa bei staatlichen Dienstleistungen, wird das Produktivitätswachstum ignoriert, entstehende Produktivitätszuwächse bei Dienstleistungen also grösstenteils nicht gemessen. Der Wert einer der wichtigsten Dienstleistungen – die Vorteile, die Eigentümer daraus ziehen, dass sie in ihren selbst genutzten Immobilien leben – wird fast vollständig zugerechnet, oftmals dadurch, dass man von kleinen und nicht-repräsentativen Mietmärkten extrapoliert oder die Nutzungskosten des Vermögensgegenstandes ansetzt. Technische Verbesserungen, die den Ressourcenverbrauch unserer Häuser senken, werden ebenfalls kaum erfasst.

Auch wenn es keine Anhaltspunkte für eine systematische Unterbewertung des Dienstleistungswachstums gibt, gilt dies nicht für Qualitätsverbesserungen oder den Nutzwert *völlig neuartiger* Güter. Viele Qualitätsverbesserungen und innovative Güter werden in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht hinreichend exakt erfasst, und viele Wissenschafter sind der Meinung, der Nutzen von Bankautomaten, Mobiltelefonen, E-Mail, Onlineeinkäufen, Multimediageräten und anderen Innovationen

«Wenn sich der Westen abgewöhnen kann, Afrika, wie derzeit, mit seiner kontraproduktiven Auslands-‹Hilfe› zu überschütten, wird sich die Qualität der Regierungsführung wahrscheinlich verbessern, mit positiven Wachstumseffekten.»

Angus Deaton

werde viel zu niedrig angesetzt. Niemand kennt eine Lösung für dieses Problem, und Statistikämter berücksichtigen in gewissem Umfang Qualitätsverbesserungen bei existierenden Geräten wie Autos und Computern, aber so, wie diese Güter in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbucht werden, wird der Anstieg des materiellen Lebensstandards höchstwahrscheinlich unterschätzt.

Es gibt gute Gründe für die gegenwärtige Praxis der BIP-Messung und ihrer volkswirtschaftlichen Wichtigkeit, aber fast ebenso gute Gründe, beides zu ändern. Sowohl konzeptionelle wie praktische Ungewissheiten nehmen immer grössere Ausmasse an – weshalb wir die rückläufigen Wachstumszahlen, von denen eingangs die Rede war, mit einer gehörigen Portion Skepsis aufnehmen sollten.

Ich bezweifle überdies die Behauptung, die Revolution in der Informationstechnologie und die neuen Geräte, die sie mit sich brachte, hätten das menschliche Wohlergehen kaum gesteigert. Es ist hinlänglich belegt, wie wichtig es für uns Menschen ist, mit Freunden und Verwandten Zeit zu verbringen und geselligen Umgang zu pflegen – und genau dieses Merkmal des Alltagslebens verbessern die neuen Kommunikationstechniken: Wir alle können den ganzen Tag über in Kontakt mit unseren Kindern und Freunden bleiben. Videokonferenzen sind weitgehend kostenlos, und wir können enge Freundschaften mit Menschen pflegen, die Tausende von Kilometern weit weg leben. Ich erinnere mich noch gut: Als sich meine Eltern von Verwandten und Freunden verabschiedeten, die auf der Suche nach einem besseren Leben in Kanada und Australien Schottland verliessen, rechneten sie nicht damit, sie jemals wiederzusehen oder noch einmal mit ihnen zu sprechen – ausser vielleicht in einem kurzen und astronomisch teuren Telefonat anlässlich eines Todesfalls.

Heute wissen wir oftmals nicht einmal, wo sich Menschen physisch aufhalten, wenn wir mit ihnen arbeiten, uns mit ihnen unterhalten oder mit ihnen spielen. Wir können auch die grossen kulturellen Leistungen der Gegenwart und der Vergangenheit geniessen, indem wir uns zu jeder Uhrzeit und an jedem Ort kostengünstig Zugang zu Literatur, Musik und Filmen verschaffen. Dass diese Vergnügungen von den Wachstumsstatistiken nicht erfasst werden, sagt uns eine Menge über die Wachstumsstatistiken, nicht aber über die Technologien. Wenn sie von denjenigen schlechtgemacht werden, die sie nicht nutzen, sagt uns dies nur, dass wir ihnen keine Beachtung schenken sollten, weil sie sich anmassen, anhand ihrer eigenen Präferenzen Urteile über die Zeitvertreibe anderer Menschen abzugeben.

Für den grössten Teil der Weltbevölkerung – nämlich die Menschen, die nicht in den Wohlfahrtsstaaten leben – hat sich das Wachstum auch nicht verlangsamt. Tatsächlich haben die über 2,5 Mrd. Menschen, die in Indien und China leben, von historisch beispiellosen, nachhaltigen Wachstumsraten profitiert. Können wir erwarten, dass diese fortdauern? Das Wirtschaftswachstum in Indien und China hat sich nach der Finanzkrise abgeschwächt und wurde in den jüngsten amtlichen Statistiken beider Länder wahrscheinlich sogar zu hoch angesetzt. Auch wenn es sich bei der Abschwächung wohl um einen kurzfristigen Effekt handelt, sollten wir uns daran erinnern, dass hohes, dynamisches Wachstum selten so lange anhält wie in Indien und China – so dass die dortigen Wachstumsschübe womöglich bald zum Stillstand kommen. Das politische Regime Chinas ist keines, das ohne weiteres schöpferische Zerstörung tolerieren wird, und seine korrupten Kader, die sich in die eigene Tasche wirtschaften, werden sich zusehends als eine Wachstumsbremse erweisen. Um auf Keynes zurückzukommen, sprechen dennoch fundamentale Gründe dafür, dass Indien, China und wenigstens einige andere heute arme Länder in der Zukunft wieder schneller wachsen werden: Aufholwachstum ist leichter als Wachstum allein aus eigener Kraft; viele neue Ideen, neue Geräte und neue Methoden können aus dem Ausland importiert werden und müssen nicht erst neu erfunden werden. Und obgleich ein solcher Import auch im Inland Veränderungen und Anpassungen (und Zerstörung) erfordert, die nicht umsonst sind, ist nachholendes Wachstum leichter und, unter den richtigen Umständen, kann sehr viel schneller erfolgen als eigenständiges Wachstum. Selbst Subsahara-Afrika, das in den achtziger und frühen neunziger Jahren beim Wirtschaftswachstum hoffnungslos hinterherzuhinken schien, zeigt Anzeichen einer Erholung. Dies verdankt sich teilweise höheren Rohstoffpreisen, die allerdings nicht langfristig tragfähig sind, aber auch einer besseren makroökonomischen Steuerung, die man vom Ausland gelernt hat. Wenn sich der Westen abgewöhnen kann, Afrika, wie derzeit, mit seiner kontraproduktiven Auslands-«Hilfe» zu überschütten, wird sich die Qualität der Regierungsführung wahrscheinlich verbessern, mit positiven Wachstumseffekten.

Bessere Aussichten: Gesundheit

Die Lebenserwartung in den USA ist seit 1900 um etwa dreissig Jahre gestiegen, wobei allerdings die jährliche Zuwachsrate vor 1950 doppelt so hoch war wie die jährliche Zuwachsrate seit 1950. Gleichzeit hat sich der Abstand zwischen reichen und armen Ländern bezüglich der Lebenserwartung verringert. Wenn wir eine Kombination aus Lebenserwartung und Einkommen als Wohlfahrtsmass benutzen würden – zum Beispiel das mit der Lebenserwartung multiplizierte Pro-Kopf-Einkommen –, würde sich zeigen, dass sich das Gesamtwachstum in den reichen Ländern noch schneller verlangsamt hat als das Einkommenswachstum allein. Und: dass arme Länder zu reichen Ländern aufgeschlossen haben oder zumindest dabei sind aufzuschliessen – ausser denjenigen, die von der HIV/Aids-Epidemie betroffen sind. Auch bei ihnen, dies am Rande, besteht aber die Hoffnung, dass sie wieder Anschluss finden, sobald die Epidemie kontrolliert wird.

Die Verlangsamung in den reichen Ländern und das Aufschliessen der armen Länder zu den reichen sind zwei mechanische Merkmale der Lebenserwartung. Dabei handelt es sich um ein praktisches, aber im Grunde willkürliches Mass der Bevölke-

rungsgesundheit, das den Tod von Kindern viel stärker gewichtet als den Tod von Erwachsenen. Der sich verlangsamende Anstieg der Lebenserwartung bedeutet also nicht, dass sich der Rückgang sämtlicher Sterberaten verlangsamt und dass sich sämtliche Sterblichkeitsunterschiede zwischen armen und reichen Ländern verringern. Was die Zukunft anbelangt, so können aus der Verlangsamung des Anstiegs der Lebenserwartung keine Rückschlüsse gezogen werden. Sowohl in reichen als auch in armen Ländern ist das Sterberisiko in früher Kindheit und im hohen Alter höher, während es im Erwachsenenalter gering ist. Die Wahrscheinlichkeit, in den ersten Lebensjahren zu sterben, ist heute in armen Ländern (so wie in der Vergangenheit in reichen Ländern) sehr viel höher als in reichen Ländern: Etwa 50 von 1000 Kindern, die in Indien zur Welt kommen, sterben in ihrem ersten Lebensjahr, was ungefähr der Säuglingssterblichkeit in Schottland in dem Jahr entspricht, in dem ich geboren wurde (1945). Im Jahr 2010 starben weniger als 4 von 1000 Neugeborenen in Schottland, die niedrigste Rate, die je dokumentiert wurde, und eine der niedrigsten Raten weltweit. In reichen Ländern sucht der Tod heute die älteren Menschen heim. In den armen Ländern heute – und in den reichen Ländern in der Vergangenheit – sucht der Tod die Jungen heim. Wie in der Vergangenheit in reichen Ländern ist es heute in armen Ländern die Verringerung der Kindersterblichkeit, die zu einem Anstieg der Lebenserwartung führt. In den reichen Ländern lässt sich die Lebenserwartung in nennenswertem Umfang nur durch Senkung der Erwachsenensterblichkeit erreichen. Wie gelingt das?

Die ersten gesundheitlichen Verbesserungen waren (und sind an einigen Orten noch immer) auf einen besseren öffentlichen Gesundheitsschutz zurückzuführen – Dinge wie sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen, Impfungen und die Ausrottung krankheitsübertragender Schädlinge. Diese Massnahmen können zu einem raschen Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit führen, und die Lebenserwartung steigt steil an. Sobald diese «leichten Aufgaben» – zumindest für die Lebenserwartung – erfolgt sind, müssen gesundheitsbezogene Verbesserungen von einer Senkung der Erwachsenensterblichkeit kommen, was bedeutet, die Häufigkeit von Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen zu senken. In den reichen Ländern hat man gewaltige Fortschritte bei der Senkung der Herz-Kreislauf-Sterblichkeit gemacht, und viele Kranke in mittlerem und höherem Alter überleben. Aber diese Fortschritte bringen bezüglich der Lebenserwartung viel weniger als Fortschritte bei der Senkung der Kindersterblichkeit. Die Frage, ob das Leben eines Neugeborenen mehr oder weniger wert ist als das Leben eines Menschen mittleren oder höheren Alters, lässt sich mit guten Gründen jeweils so oder so beantworten. Wir können aber nicht ohne weiteres von der Richtigkeit der allzu grob vereinfachenden Auffassung ausgehen, dass es immer am besten sei, möglichst viele Lebensjahre zu retten.

Der langsamere Anstieg der Lebenserwartung ist im Grunde ein Zeichen des Erfolgs, nicht des Scheiterns. In den reichen Ländern haben wir die wichtigsten Todesursachen in frühen Lebensjahren weitgehend zurückgedrängt; sie haben die grössten Auswirkungen auf die Lebenserwartung. Und jetzt haben wir uns die nächsten Todesursachen vorgenommen, die in höherem Lebensalter zuschlagen. Die wirklich wichtige Frage für unsere Enkelkinder und deren Enkel lautet also, ob davon auszugehen ist, dass wir weiterhin Fortschritte bei der Senkung der Sterblichkeit machen. Auch hier ist eine sichere Prognose schwierig, aber ich glaube, dass die Antwort «ja» lautet. Wieso?

Bei der Verringerung der Sterblichkeit durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen bleibt noch einiges zu tun. Blutdrucksenkende Medikamente sind billig und wirksam, aber Patienten müssen regelmässig bei einem Arzt ihren Blutdruck kontrollieren lassen, was viele Menschen nicht tun. Viele weitere Menschenleben könnten auf diese Weise zu geringen Kosten gerettet werden. Die Raucherquoten sind sowohl bei Männern als auch, mit einer gewissen Verzögerung, bei Frauen rückläufig, so dass der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern heute kleiner ist, als er es viele Jahre lang war. Wenn Frauen in der gleichen Weise, wie es die Männer getan haben, mit dem Rauchen aufhören, wird ihre Sterblichkeit durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs deutlich zurückgehen. Wie steht es mit anderen Krebsarten ausser Lungenkrebs? Die nach ihrer Häufigkeit wichtigsten sind Brustkrebs (ganz überwiegend bei Frauen), Prostatakrebs (ausschliesslich bei Männern) und Dickdarmkrebs (sowohl bei Männern als auch bei Frauen). In den letzten Jahren wurden bedeutende Fortschritte bei der Behandlung aller drei Krebsarten gemacht. Diese verdanken sich einer Kombination aus Früherkennungsuntersuchungen und neuen Wirkstoffen, von denen einige auf traditionelle Weise, durch systematisches Probieren und andere auf der Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse über die molekularen Mechanismen der Krebsentstehung entwickelt wurden. Im Unterschied zur Verringerung der Sterblichkeit durch blutdrucksenkende Medikamente, zur Herzinfarktprävention durch Aspirin oder zur Reduktion der Raucherquote sind Krebstherapien teuer, und ihre breite Anwendung könnte durch ein niedrigeres Einkommenswachstum begrenzt werden, sollte es dazu kommen. Viele Wissenschafter sind jedoch der Auffassung, dass wir in den kommenden fünfzig Jahren in der Krebstherapie die gleichen Fortschritte machen werden, die wir in den letzten fünfzig Jahren bei der Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen gemacht haben.

Einer der tieferen Gründe dafür, dass sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung allgemein weiterhin verbessern wird, besteht darin, dass die Menschen dies wollen und bereit sind, für Innovationen, Grundlagenforschung, neue verhaltensbezogene Entdeckungen, neue Medikamente, Behandlungsverfahren und gesundheitsunterstützende Geräte zu zahlen. Innovationen können nicht von der Stange gekauft werden und ergeben sich nicht immer dann, wenn sie benötigt werden. Aber es besteht kein Zweifel daran, dass ein dringender Bedarf innovationsfördernd

Vorname Name, photographiert von XXX.

ist. Wenn die eine Krankheit besiegt ist, wird die nächste zum Hauptziel; niemand interessierte sich für Alzheimerdemenz, als ein Viertel der Bevölkerung nicht seinen fünften Geburtstag erreichte. Aber mit steigender Lebenserwartung werden diese Alterskrankheiten zu Prioritäten, und mit steigendem Wohlstand werden die Menschen einen immer grösseren Teil ihres Einkommens für die Behandlung dieser Erkrankungen ausgeben, so dass die Ausgaben schneller steigen als das Volkseinkommen.

In armen Ländern ist die Säuglings- und Kindersterblichkeit weiterhin ein grosses Übel, auch wenn in den letzten fünfzig Jahren enorme Fortschritte gemacht wurden. Die Kinder, die in diesen Ländern sterben, wären nicht gestorben, wenn sie in reichen Ländern geboren worden wären, und insofern sollten wir alles daransetzen, ihren Tod zu verhindern. Sie sterben nicht an unheilbaren exotischen Erkrankungen, sondern an Atemwegsinfekten, Durchfallerkrankungen und an Krankheiten, denen durch Impfungen vorgebeugt werden kann – allesamt Erkrankungen, an denen Kinder in reichen Ländern heute nicht mehr sterben. Es gibt also ein gewaltiges Potenzial für weitere Fortschritte. Ein Teil davon lässt sich durch eine breitere Bildung insbesondere von Frauen erreichen, da dadurch immer mehr Menschen lernen, dass Infektionskrankheiten durch Mikroben verursacht werden und dass man sich daher durch bestimmte Massnahmen wie Händewaschen oder den Konsum von sauberem Wasser davor schützen kann.

Das grösste Hindernis ist hier nicht die Verfügbarkeit von Medikamenten, von denen viele billig und leicht erhältlich sind, sondern das Unvermögen vieler Regierungen, ein System der Gesundheitsfürsorge für Mütter und Kinder aufzubauen, das diese Kinder und ihre Mütter verlässlich mit bekannten Heilmitteln versorgt. Viel wird dabei nicht so sehr vom Wirtschaftswachstum in armen Ländern abhängen – China hatte vor Beginn seines Wirtschaftswunders viel grössere Erfolge bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit, und das Gleiche gilt, wenn auch in geringerem Masse, für Indien –, sondern von Verbesserungen der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit staatlicher Institutionen.

Während Gesundheitsbehörden in vielen nichtreichen Ländern sich etwa die neuen Krebstherapien anfangs nicht werden leisten können, spielen die Kosten bei Aspirin und bei Diuretika keine Rolle, und es ist zu erwarten, dass sich die Behandlungsraten von öffentlichen und privaten Leistungserbringern weltweit vergrössern werden. Auch hier mag die Schnelligkeit, mit der angemessene arztbasierte Gesundheitssysteme aufgebaut (öffentlicher Sektor) oder reguliert (privater Sektor) werden können, der limitierende Faktor sein. Der Ausblick auf die Raucherquoten in armen Ländern ist weniger positiv, weil steigende Einkommen zu einer Zunahme des Tabakkonsums führen – und weil Tabakunternehmen gezielt Verbraucher in einigen Ländern mit mittlerem Einkommen ansprechen. Selbst HIV/Aids, das die Lebenserwartungszuwächse der vergangenen fünfzig Jahre in mehreren afrikanischen Ländern zunichtegemacht hat, bekommen wir durch Versorgung der HIV-Infizierten mit antiretroviralen Medikamenten immer besser in den Griff. Zwischen 2003 und 2010 ist die Anzahl der HIV-Infizierten, die diese Medikamente in armen Ländern erhalten, von unter 3 auf über 10 Millionen gestiegen. Mit etwas Glück wird die Epidemie lange vor dem Ende des Jahrhunderts Geschichte sein.

Es gibt also durchaus Zusammenhänge zwischen Einkommenswachstum und gesundheitlichen Verbesserungen; mehr Geld bedeutet eine bessere Ernährung, öffentliche Gesundheitsprojekte (Trinkwasserversorgung und sanitäre Einrichtungen) kosten öffentliche Gelder, und der Innovationsdruck wird von steigenden Lebensstandards angetrieben und durch sie finanziert. Und doch ist es ein Fehler zu glauben, Einkommen und Gesundheit gingen immer Hand in Hand. Nachholende gesundheitliche Verbesserungen erfordern, wie nachholendes Wachstum, geringfügige Innovationen – vor allem Prozessinnovationen –, und in der Vergangenheit gab es viele Fälle, in denen es in Regionen, in denen der Lebensstandard stagnierte, durch Antibiotika, sauberes Wasser und Stechmückenbekämpfung zu einem massiven Rückgang der Sterblichkeit kam. Auch die Politik spielt eine Rolle: Als China Mitte der siebziger Jahre beschloss, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, wandte es sich von Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ab, die einer der Erfolge der vorhergehenden Regierungen waren.

Bessere Aussichten: Alles andere

Der Lebensstandard bedeutet wenig, wenn Menschen nicht am Leben sind, um diesen zu geniessen, aber für Menschen, die leben, ist es schwer, in Entbehrung und Elend ein gutes Leben zu führen. Aus diesem Grund habe ich mich hier auf Sterblichkeit und Lebensstandards konzentriert. Aber das gute Leben hat viele andere Aspekte, und auch diesbezüglich besteht Hoffnung auf weitere Verbesserungen.

So bedeutet zum Beispiel Gesundheit mehr, als nur am Leben zu sein, und es gibt Anhaltspunkte dafür, dass Menschen heute nicht nur länger leben, sondern auch gesünder sind, solange sie leben. Dies ist teilweise das Verdienst der modernen Medizin – ich habe ein künstliches Hüftgelenk, das es mir erlaubt, ein erfülltes und aktives Leben zu führen, das ohne die Prothese nicht möglich gewesen wäre. Andere haben eine Knieprothese oder sogar künstliche Herzen. Cochlea-Implantate verringern den Prozentsatz der gehörlosen Menschen. Kataraktoperationen stellen bei vielen Menschen das Sehvermögen wieder her.

Eine bessere Ernährung und eine gesündere Umgebung in der Kindheit haben weltweit zu einem Anstieg der Körpergrösse von Erwachsenen geführt. Seit über hundert Jahren werden Europäer im Durchschnitt pro Jahrzehnt 1 cm grösser, und für die Chinesen gilt gegenwärtig das Gleiche. Die Amerikaner scheinen nicht mehr grösser zu werden, Inder haben gerade erst damit begonnen, und Afrikaner, die in den achtziger Jahren geboren wurden, sind als Erwachsene kleiner als diejenigen, die ein Jahrzehnt früher geboren wurden. Mit anderen Worten: Höhere Einkommen und

«Vier Fünftel der Menschen weltweit können lesen und schreiben, gegenüber nur der Hälfte im Jahr 1950. Es gibt ländliche Gebiete in Indien, wo praktisch keine erwachsene Frau jemals zur Schule ging, während heute fast alle ihre Töchter die Schulbank drücken.»

Angus Deaton

ein besserer Gesundheitszustand in der Kindheit steigern die Körpergrösse im Erwachsenenalter. Die Körpergrösse scheint Menschen zu helfen, ein besseres Leben zu führen, unter anderem weil grössere Menschen stärker sind und tendenziell mehr verdienen. Mangelernährung und Erkrankungen im Kindesalter beeinträchtigen umgekehrt nicht nur das körperliche Wachstum, sondern auch die Entwicklung des Gehirns, so dass Menschen, die in ihrer Kindheit weniger Krankheiten hatten und eine gesündere Ernährung erhielten, als Erwachsene eine bessere kognitive Leistungsfähigkeit zeigen. Und tatsächlich steigt der gemessene IQ weltweit.

Die Gewaltkriminalität geht zurück; das Risiko, ermordet zu werden, ist heute viel geringer als früher. Dies verbessert nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Lebensqualität derjenigen, die nicht in Unsicherheit leben müssen. Die Demokratie ist heute, global betrachtet, weiter verbreitet als vor fünfzig Jahren. Es kommt seltener vor, dass eine gesellschaftliche Gruppe durch eine andere unterdrückt wird – ob Frauen von Männern, Homosexuelle von Heterosexuellen, Arbeitnehmer von Unternehmern, Landarbeiter von Grossgrundbesitzern, eine ethnische Gruppe oder Kaste von einer anderen. Menschen haben mehr Chancen zu gesellschaftlicher Teilhabe als je zuvor. In den meisten Ländern der Welt steigt auch das Bildungsniveau. Vier Fünftel der Menschen weltweit können lesen und schreiben, gegenüber nur der Hälfte im Jahr 1950. Es gibt ländliche Gebiete in Indien, wo praktisch keine erwachsene Frau jemals zur Schule ging, während heute fast alle ihre Töchter die Schulbank drücken.

Unbestritten ist: es bleibt noch viel zu tun, insbesondere in Afrika. Aber wenn Menschen tatsächlich die wichtigste Ressource sind, dann sind gesunde, gut ausgebildete Menschen in einer offenen Gesellschaft die wertvollste Ressource überhaupt, und die Ideen und Innovationen, die von ihnen kommen, nützen allen und bilden die Grundlage anhaltenden Wirtschaftswachstums.

Selbstverständlich kann man nicht erwarten, dass sich all diese Dinge überall oder kontinuierlich verbessern. Es wird Rückschläge geben. Kriege richten Zerstörungen an, und gute Regierungen können durch schlechte ersetzt werden, die den Fortschritt vieler Jahre zunichtemachen. Epidemien wie HIV/Aids können Jahrzehnte gesundheitlicher Verbesserungen auslöschen. Aber ich gehe davon aus, dass auch diese Rückschläge in der Zukunft überwunden werden können, wie es auch schon in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Die vielleicht grösste Unsicherheit im globalen Massstab betrifft also die Frage, ob wir es schaffen, dem Klimawandel richtig zu begegnen. Es ist heute schwierig, optimistisch in bezug auf ein globales Abkommen zu sein, und vielleicht bedarf es erst grossen Leids und katastrophaler Zerstörungen, ehe die Menschen zusammenkommen, um sich auf grundlegende Veränderungen zu verständigen. Ich weiss nicht, wie dies erreicht werden soll. Aber die Kräfte des Fortschritts und des gemeinsamen Handelns gegen drohende Gefahren waren und sind stark – und ich würde wetten, dass sie sich zu guter Letzt durchsetzen. ❮

Der vorliegende Essay ist ein von Angus Deaton in Kooperation mit der Redaktion leicht gekürzter und aktualisierter Text, der im Sammelband «In 100 Years: Leading Economists Predict the Future» (Hg. von Ignacio Palacios-Huerta; © Massachusetts Institute of Technology, 2014) erschienen ist. Wir danken Angus Deaton und The MIT Press für die freundliche Zusammenarbeit. Aus dem Englischen von Thorsten Schmidt.